

REZENSIONEN

Sean McMeekin: Russlands Weg in den Krieg. Der Erste Weltkrieg – Ursprung der Jahrhundertkatastrophe, Berlin: Europa-Verlag 2014, 446 S.

Der Titel ist irreführend. Es geht in diesem Buch nicht nur darum, wie Russland in den Ersten Weltkrieg eintrat. Der Originaltitel „The Russian Origins of the First World War“ kann zwar suggerieren, dass es nur um die Ereignisse vor und am Anfang des Krieges geht. Aber in Wahrheit soll er anzeigen, dass McMeekin es sich als Aufgabe gestellt hat, die Motive zu analysieren, mit denen Russland den Ersten Weltkrieg führte. Und diese Motive enthüllen sich deutlicher, wenn man das Verhalten der politischen und militärischen Führer während der gesamten Zeit analysiert, in der Russland am Krieg beteiligt war. Deshalb reicht die Darstellung bis zur Oktoberrevolution.

Die in der Geschichtsschreibung seit Jahrzehnten dominierende Fischer-These, wonach es im Wesentlichen allein Deutschland war, das 1914 einen großen europäischen Krieg wollte und herbeiführte, ist neuerdings schon von Christopher Clark ausführlich und publikumswirksam in Frage gestellt worden. Clark hat sich in seinen „Schlafwandlern“ auf die Tendenzen in Serbien und Frankreich, einen Krieg herbeizuführen, konzentriert. Sein Buch ist im Original 2012 erschienen, doch schon 2011 hatte McMeekin sein Werk über entsprechende Tendenzen in Russland herausgebracht. Dass die deutschen Übersetzungen in umgekehrter Reihenfolge (2013 und 2014) erschienen sind, sollte also nicht darüber hinwegtäuschen, dass McMeekin hier keineswegs einem Modetrend nachgegeben hat und seine Arbeit völlig originell ist.

Zu Recht betont der Autor immer wieder, dass das Thema der russischen Kriegsziele bisher in der Literatur weitgehend vernachlässigt worden ist, teils aus Mangel an Interesse, teils wegen Unzugänglichkeit wichtiger Quellen. Als wesentliches Motiv für den Eintritt Russlands in den Krieg wurde der Schutz Serbiens gegen den Angriff von Österreich-Ungarn meistens akzeptiert. Doch McMeekin kann glaubhaft machen, dass es sich hierbei für die russische Führung nur um einen willkommenen Anlass handelte und dass die wahren Motive an anderer Stelle zu suchen sind, nämlich in Russlands Verhältnis zum Osmanischen Reich. Im Jahr 1914 rechnete man allgemein mit dessen baldigem Zusammenbruch, ebenso wie mit dem von Österreich-Ungarn. In beiden Fällen wollten Russlands Politiker und Militärs an der Verteilung der Konkursmasse prominent beteiligt sein. Vor allem hofften sie darauf, nun endlich das Ziel zu erreichen, das man in Russland schon seit Katharina der Großen angestrebt hatte: die Eroberung Konstantinopels und die Kontrolle über die Meerengen am Bosphorus und an den Dardanellen. Dass die Türken die Zufahrt zu den wirtschaftlich für Russland so wichtigen Schwarzmeerhäfen kontrollierten, wurde zunehmend als bedrohlich für die russische Wirtschaft und die Bewegungsfreiheit des Militärs empfunden. Als sich Anfang 1914 im Zuge der Liman-von-Sanders-Krise die Perspektive abzuzeichnen schien, dass diese Kontrolle durch Deutschland übernommen würde, diskutierte man in der russischen Führung die Möglichkeit, einen europäischen Krieg zu provozieren, in dessen Folge das Osmanische Reich unter den Mächten der Tripelallianz aufgeteilt würde. Die Mobilisierung der Allianz konnte außerdem das Problem beenden, dass das verbündete England noch zu dieser Zeit die Türkei mit Schlachtschiffen und anderem Kriegsmaterial belieferte.

In der Julikrise 1914 begann Russland schon am 25. Juli mit einer Teilmobilmachung, die einen viel größeren Umfang hatte, als es für die Verteidigung Serbiens gegen Österreich nötig gewesen wäre, sowohl was die Zahl der mobilisierten Truppen als auch ihre örtliche Verteilung betraf. Als der Krieg dann ausgebrochen war, konzentrierte der russische Generalstab die Aktivität seiner Armeen auf die Eroberung des österreichischen Galiziens, also weder auf Serbien noch auf die deutschen Ostgebiete, wie dies Frankreich und England wünschten. Das primäre Ziel Russlands kann somit nicht die Entlastung der Front im Westen gewesen sein, die Priorität lag auf eigenen Eroberungen. Nach russischen Planungen vom Herbst 1914 sollten nicht nur Galizien, sondern auch Schlesien, Großpolen und Ostpreußen dem Russischen Reich einverleibt werden.

Das Problem der Meerengen konnte Russland hingegen erst angehen, als auch die Türkei im November 1914 auf der Seite der Mittelmächte in den Krieg eingetreten war und die Meerengen gesperrt hatte. Jetzt konnte Russland deren Eroberung offen als Kriegsziel vertreten. Eine amphibische Landung am Bosphorus hatte man schon länger geplant, verfügte nun aber nicht über die Mittel dazu, weil die Armee zu stark von den Kämpfen an den Fronten mit Deutschland und Österreich in Anspruch genommen war. McMeekin hält es für eine Torheit der englischen Diplomatie, dass sie in dieser Lage von sich aus den Russen anbot, die Meerengen einzunehmen. Nachdem England 1853–1856 noch Krieg geführt und 1878 mit Krieg gedroht hatte, um eine russische Kontrolle der Meerengen zu verhindern, war man nun bereit, sie selbst zu erobern und dann an Russland zu übergeben, ohne dafür eine nennenswerte Gegenleistung einzufordern. Immerhin sollte die englische Landung auf den Dardanellen durch einen gleichzeitigen Angriff der Russen am Bosphorus unterstützt werden. Doch dieser erfolgte praktisch nicht, was mit zum Scheitern der Engländer und Franzosen bei Gallipoli beitrug.

Die Ambitionen der russischen Führung beschränkten sich jedoch nicht auf den Westen des Osmanischen Reichs. Sie versuchte den Krieg auch dazu zu nutzen, die russische Einflussphäre südlich des Kaukasus zu erweitern. Dort bediente man sich sowohl der Armenier als auch der Kurden, um den Konflikt mit den Türken zu verschärfen. Mit dem Ausbruch des Kriegs waren die meisten Armenier im Osmanischen Reich auf die Seite Russlands getreten und unternahm im Frühjahr 1915 einen Aufstand gegen die türkische Herrschaft. Russland unterstützte zwar den Aufstand, musste dann aber infolge der deutschen Gorlice-Offensive wieder alle Kräfte nach Westen werfen. So war man nicht in der Lage, die Armenier vor der Rache der Türken und vor dem darauf folgenden Völkermord zu schützen.

In Persien hatten sich lange die Engländer den russischen Ausdehnungsgelüsten entgegengestellt. Im Krieg wurden die Russen aber auch hier als Verbündete gebraucht, zumal als der englische Vormarsch vom Persischen Golf auf Bagdad ins Stocken kam. So konnte Russland ab Ende 1915 Einheiten von Aserbaidschan nach Persien vorschicken, war jedoch auch hier nur zu einer Kriegführung mit halber Kraft in der Lage.

Dennoch brachte das Engagement im Osten Erfolge. Nachdem Frankreich und England einen Plan zur künftigen Aufteilung des Osmanischen Reichs ausgearbeitet hatten, kamen im Frühjahr 1916 die Unterhändler Sykes und Picot nach Petrograd. Hier ließen sich die Briten dazu bewegen, die vorgesehene französische Einflusszone zugunsten Russlands zu verkleinern, sodass Russland ein großes Gebiet in Nordostanatolien zur direkten Herrschaft zugesprochen wurde. Dagegen verweigerte sich die russische Führung dem französischen Anliegen, eine größere Selbstständigkeit für Polen in Aussicht zu stellen.

Selbst die Provisorische Regierung von 1917 hielt an den russischen Kriegszielen fest. Sie verfolgte weiter die Pläne einer eigenen Invasion an den Meerengen, die nur nicht zur Ausführung kam, weil die russische Westfront zusehends instabil wurde, was schließlich auch zum Ende der Kerenskij-Regierung beitrug. Die Bolschewiki hingegen veröffentlichten nach ihrer Machtübernahme genüsslich die Dokumente der Vorgängerregierungen, aus denen hervorging, dass es Russland im Krieg immer primär um die Meerengen gegangen war. Doch dieses Faktum fiel angesichts der grundlegenden Umwälzungen, die sich danach in Russland vollzogen, in der Historiografie bald einer weitgehenden Vergessenheit anheim.

Man kann die Frage stellen, ob die Neigung McMeekins, die Engländer als diplomatische Einfaltspinsel hinzustellen, nicht übertrieben ist. Denn auch er spricht von deren Befürchtung, dass Russland die Fronten wechseln könnte. Selbst wenn das nie eine realistische Möglichkeit war, kann der Glaube daran doch zu der Ansicht geführt haben, dass man den Russen etwas bieten müsse, um die Allianz mit ihnen aufrechtzuerhalten.

Insgesamt ist das Buch gut lesbar, wozu auch die kundige Übersetzung beiträgt. Nur manche Sätze sind zu lang geraten, und die relativ hohe Zahl von Druckfehlern hätte sich wohl vermeiden lassen. Die gute Vertrautheit des Autors mit der einschlägigen Literatur führt dazu, dass im Text deren Kenntnis oft vorausgesetzt wird. Der Leser muss bereit sein, in das komplizierte Geflecht von Handlungen und Gegenhandlungen, Interpretationen und Mutmaßungen einzutauchen, das die Beschäftigung mit dem Beginn des Ersten Weltkriegs und mit den Motiven seiner Beteiligten unweigerlich mit sich bringt. Aber viele historisch Interessierte dürften daran seit dem Jubiläums-Hype wieder gewöhnt sein. Für sie und für die Forschung ist dieses Buch sicherlich eine Bereicherung.

Martin Faber, Freiburg

Bärbel Kuhn, Astrid Windus (Hrsg.): Der Erste Weltkrieg im Geschichtsunterricht. Grenzen – Grenzüberschreitungen – Medialisierung von Grenzen, St. Ingbert: Röhrig Universitätsverlag 2014, 250 S.

The 100th anniversary of the outbreak of the Great War provided an opportunity for didactic historians to speak out. How to render the presentation of the First World War to pupils in a way which would comply with the contemporary objectives of history didactics? In 2014, the initiators of the book in question brought together historians, history didactics specialists, and history teachers to an event in Oberhausen and invited them to discuss the issue of borders, border crossings, and border changes during the First World War. Borders were understood not only in a geographical, but also in a social, cultural, and psychological sense. The book which appeared as the outcome of the discussion serves primarily as a methodological aid for German school teachers aiming to introduce pupils to the theme of the First World War. The book seeks to show the war as one of the radical change-stimulating crisis situation which tends to transform people's evaluations and way of thinking. It specifically draws attention to the changes related to the evaluation of what is "one's own" and "alien", "normal" and "abnormal", "acceptable" and "unacceptable", i.e. all those changes in ways of thinking that, during the war, encouraged people to cross or to shift hitherto existing barriers.

The book consists of four chapters which cover the following themes (in this order): 1) how the war in political borderlands changed spatial conceptions and simultaneously space-related identities; 2) the kind of impact the war made on crossing or shifting hitherto existing barriers in economics and gender and cultural relations; and 3) how borders and boundaries are represented in contemporary media devoted to the Great War (in computer games, literature, and cartography). Chapter four is the most practical: it presents suggestions and didactic-methodological commentaries on how to develop the themes and examples discussed in the first three chapters into cycles of several lessons. Each theme in the book is broken down into smaller sub-themes, which are presented by combining professional commentaries and specific illustrative examples: passages from original sources, cartographic documents, photographs, and other visual materials. The examples are provided with additional reference lists.

The book can be seen as a successful attempt to provide teachers with theoretical knowledge and practical tips on how to present the First World War in an up-to-date manner in lessons. True, the vast majority of the examples analysed in the book do not give any indication that this was a “world” war: they focus on Europe. Nonetheless, the book cannot really be described as eurocentric, since in the majority of cases it addresses examples relating to the Western Front of the Old Continent. Except for the “Polish question” and some contexts in which Russia is mentioned, the book basically fails to provide examples related to the Eastern Front of Europe, although this played a no less important role, but for different reasons did not remain so deeply engraved in people’s memories. The fact that issues related to the Western Front continue to shape the canon of the First World War narrative is a much deeper problem and one which has recently received increasing attention.¹ This may be one of the fundamental Great War-related mental “barriers” still to be crossed in the future, not merely by the editors and readers of the reviewed book.

Vasilijus Safronovas, Klaipėda

- 1 Gerhard P. Groß (ed.): Die vergessene Front. Der Osten 1914/15. Ereignis, Wirkung, Nachwirkung, Paderborn a.o. 2006; Joachim Bürgschwentner, Matthias Egger a.o. (eds.): Other Fronts, Other Wars? First World War Studies on the Eve of the Centennial, Leiden a.o. 2014.

Jörn Leonhard: Die Büchse der Pandora. Geschichte des Ersten Weltkrieges, München: C.H. Beck 2014, 1157 S., 62 Abb., 143 Karten, 5 Tabellen, 4 Schaubilder.

Jörn Leonhard hat ein großes Buch über einen Krieg geschrieben, den er als „prägende[n] Auftakt, als elementare Krise und frühzeitige[n] Umbruch des jungen 20. Jahrhunderts“ (S. 10) charakterisiert. Diese Leistung ist nicht nur einer stupenden Sachkenntnis geschuldet, sondern auch der Gliederung des Stoffes und dem Aufbau des Buches, wie im Folgenden noch auszuführen sein wird.

Eindringlich ist bereits die Darstellung der Julikrise 1914, bei deren Erörterung der Autor einen überzeugenden Weg durch das Gestrüpp der gegenseitigen Wahrnehmungen und Befürchtungen einschlägt, die er mit dem Begriff der „konkurrierenden Handlungslogiken“ (S. 106) zu erfassen sucht. Leonhard versteht es auch, die bereits in den ersten Augusttagen über Europa hinausreichenden Implikationen deutlich zu machen, so z.B. mit dem Hinweis,

die Verletzung der belgischen Neutralität habe für den britischen Kriegseintritt weit weniger eine Rolle gespielt als eine künftige Bedrohung Indiens durch ein siegreiches Russland (S. 109). Blendend ist die Analyse der Agenda der Beteiligten, die in einer sehr abgewogenen Stellungnahme zur „Schuldfrage“ mündet (S. 116 ff.).

Hinsichtlich der Gliederung ist hervorzuheben, dass die ereignisgeschichtliche Darstellung immer wieder durch intensive Schilderungen unterbrochen wird, die auf zeitgenössischen Zeugnissen beruhen, so z.B. das Kapitel über die August-Panoramen im Sommer 1914 (S. 127 ff.) oder die Ausführungen zu „Maschinen und Material: Eskaliertes Töten im Krieg“ (S. 146 ff.). Überzeugend belegt Leonhard die Wirkung der neuen Waffen, sei es das Maschinengewehr oder die Artillerie, auf deren Vernichtungskapazitäten die immensen Verluste dieser Art der Kriegsführung zurückzuführen waren (S. 147 ff.). So ist völlig zutreffend von einer „Vernichtungsdimension“ (S. 153) die Rede. Eine weitere Konstante, die sich durch das mehr als 1 000 Seiten umfassende Buch zieht, ist die Mischung von historischer Schilderung und Rezeptionsgeschichte, die sich etwa in besonders gelungener Weise bei der Gegenüberstellung der beiden Mythen Marneschlacht und Langemarck zeigt (S. 175 ff.).

Die Darstellung wird zudem durch zusammenfassende Passagen sowohl unterbrochen als auch gebündelt; so werden etwa die ersten Kriegsmonate unter dem Begriff „Entgleisung und Eskalation“ (S. 250 ff.) auf den Punkt gebracht. Dabei erweist es sich als besonders gelungener kompositorischer Einfall, diese Zusammenfassungen chronologisch in den Ablauf des Geschehens einzuordnen, indem die betreffenden Kapitel jeweils am Ende eines jeden Jahres die abgelaufene Dauer des Krieges aufgreifen (z.B. für 1916: „29 Monate Krieg: Erwartungen und Erfahrungen in der Mitte des Krieges“, S. 608). Die Verklammerung der Darstellung, die durch diese Resümees erreicht wird, verdeutlicht dem Leser nochmals die Charakteristika der jeweiligen Zeitspanne. Ähnlich beeindruckend sind die Ausführungen zum nach 1918 viel beschworenen Fronterlebnis, in denen Leonhard den heutigen Stand der Forschung vorstellt und durch eine Menge zeitgenössischer Erinnerungen und Beobachtungen illustriert (S. 325 ff.: „Kontingenz und Eigensinn. Die Front als soldatischer Erfahrungsraum und die Grenzen der nationalen Kriegsrhetorik“). Das direkt anschließende Kapitel „Drückeberger, Profiteure, Verräter: Die Heimatfront zwischen ökonomischen Zwängen, Sozialkonflikten und politischer Labilität“ (S. 347) rundet das Bild in adäquater Weise ab; etwas zu ausführlich mag dabei über die Entwicklung in England referiert werden. Völlig zu Recht spricht Leonhard nunmehr von Kriegsgesellschaften, um den Wandel der inneren Ordnung der Krieg führenden Staaten hervorzuheben. Deutlich wird auch, dass die Auseinandersetzung „soziale Spannungen und Konflikte [...] katalysierte [...], deren Ursprünge weit vor 1914 zurückreichten“ (S. 356). Mit Kapiteln zu den multiethnischen Kriegsgesellschaften und dem Verhalten der Intellektuellen sowie einer kurzen Zusammenfassung zu 17 Monaten Krieg schließen die Ausführungen zum Kriegsjahr 1915.

Es gelingt Leonhard, das Kriegsjahr 1916 als eine radikale Neuausrichtung aller Kriegsanstrengungen zu analysieren. Insbesondere gilt dies für die Schlachten von Verdun und an der Somme, beide bis heute Erinnerungsorte und Mythen des Materialkrieges. Doch bleibt der Blick des Verfassers nicht auf die Westfront fixiert, sondern er widmet auch der Entwicklung in Ost- und Südosteuropa, die ja durch eine andere militärische Erfahrung als der Stellungskrieg im Westen gekennzeichnet war, den ihr zustehenden Raum.

Deutlich wird dabei vor allem die Eigendynamik des Krieges und seiner Folgen (S. 541), wobei insbesondere die Ausführungen zum Umgang der Gesellschaften mit den Kriegsop-

fern Beachtung verdienen (S. 548 ff.): „Versorgung und Fürsorge wurden zu Schlüsselbegriffen in der öffentlichen Wahrnehmung der Kriegsgesellschaften“ (S. 564 f.). Insofern überzeugt die Wertung, 1916 sei die „Binnenschwelle des Krieges“ gewesen (S. 548): „Ein paradoxer Mechanismus wurde erkennbar: Der Preis des Krieges garantierte seine Fortsetzung: nur ein Sieg konnte die bisherigen Opfer rechtfertigen, ihnen einen Sinn geben“ (S. 610). Hieraus ergibt sich nochmals die tiefe Zäsur von 1916: „Mit immer größeren Opfern und mit immer radikaleren technischen Mitteln wurde in einem Krieg gekämpft, dessen konkrete Ziele radikaler und nach innen kontroverser wurden und dessen überkommene Begründungen an Überzeugungskraft einbüßten“ (S. 613).

Welche Akzente setzt der Autor bei seiner Schilderung des durch die russischen Revolutionen und den Kriegseintritt der USA schon immer als Epochenjahr erkannten Jahr 1917, das unter der Überschrift „Expansion und Erosion: 1917“ (S. 614) vorgestellt wird? Leonhard wird der Herausforderung gerecht, indem er die beiden Ereignisse als einen Wandel der „Dimension des Krieges“ (S. 651) bezeichnet. Biografische Skizzen der beiden Protagonisten Lenin und Wilson ebnet den Weg zu der Schlussfolgerung: „Für Lenin waren künftige Kriege daher in letzter Konsequenz nur noch als internationalisierte Bürgerkriege denkbar, während Wilson die Außenpolitik als Weltinnenpolitik auf der Basis eines Systems kollektiver Sicherheitsinteressen verstand“ (S. 661).

Immer wieder unterbricht der Autor zudem die lineare Darstellung mit Einschüben, die sich literatur-, erinnerungs- und medienpolitischen Themen widmen, wie etwa der Schilderung zweier Gebäude der Harvard University, die jedes auf seine Art diesen Krieg evozieren (S. 688 ff.). Und auch für 1917 prägt Leonhard eine Denomination, der zuzustimmen ist, indem er dieses Jahr als „globale[n] Moment“ (S. 706) bezeichnet und damit die „Dynamik von Erwartungen in vielen Gesellschaften ganz unterschiedlicher Weltregionen“ meint, „wie der Krieg langfristig den überkommenen Status von Herrschaftsrechten und politischer Teilhabe verändern könnte“.

Eine ebenfalls selten beachtete, aber dennoch wichtige Beobachtung findet sich zur Einleitung des letzten Kriegsjahres, nämlich die Offenheit der Kriegsentscheidung bis in den Sommer 1918 hinein. Durch die nachfolgenden Jahrzehnte, insbesondere durch den Zweiten Weltkrieg geprägt, vermag es in der Tat scheinen, als ob die deutsche Niederlage schon weit früher festgestanden hätte. Leonhard entwickelt auch eine interessante Parallele zum Beginn des Krieges, was schon in der Kapitelüberschrift „Endspiel. Die andere Wiederkehr des Krieges an der Westfront“ (S. 827) zum Ausdruck kommt. Dem deutschen Leser wenig bekannt sind die Ermüdungserscheinungen und Probleme der alliierten Truppen sowie die erst langsam Wirkung zeigende Kriegsanstrengung der USA (S. 828 ff.). Auch diese Passagen verdeutlichen ein weiteres Stilmerkmal der Monografie: die Funktion von Erinnerungen und (in weitaus weniger Fällen) Originaldokumenten. Die ausgewählten Zitate zeugen von einer besonders diffizilen und gelungenen Auswahl, wie z.B. im Moment des Waffenstillstands die Beobachtung eines englischen Corporals: „Als der Waffenstillstand in Kraft trat, war ich im Schützengraben, und die Deutschen gegenüber kamen aus ihrem Graben heraus, verbeugten sich vor uns und gingen weg. Das war's“ (S. 919). Ein bedenkenswerter Epilog über die Wahrnehmung und Erinnerung an den Großen Krieg und an seine Hypothesen für das 20. Jahrhundert schließen den Band ab.

Zwei zentrale Stärken des Werkes seien abschließend hervorgehoben. Die eine besteht darin, allgemein Bekanntes mit weiteren Erkenntnissen zu bereichern, einer anregenden

Neuinterpretation zu unterziehen oder Lücken in den bislang vorhandenen Darstellungen zu erzählerisch zentralen Themen zu machen. Der andere Vorzug liegt schlicht und ergreifend in der allumfassenden, immer konzisen und nachvollziehbaren Darstellung der Entwicklungen in den Krieg führenden Staaten und an den vielen Fronten, wobei weder einer rein militärischen noch einer ausschließlich politischen noch einer isolierten sozialen Geschichte der Vorzug gegeben wird. Diese Ausgewogenheit, verbunden mit der Sicherheit des Urteils und der sprachlichen Sachlichkeit und Lesbarkeit, hebt das Buch aus der Vielzahl der zum „Jubiläum“ erschienenen Werke heraus.

Joachim Tauber, Lüneburg

Rudolf Jaworski: Mütter – Liebchen – Heroinen. Propagandapostkarten aus dem Ersten Weltkrieg, Köln u.a.: Böhlau Verlag 2015, 202 S., Abb.

Rudolf Jaworski, bis 2009 Professor für Geschichte Ostmitteleuropas an der Universität Kiel, hat sich in der hier vorzustellenden Monografie mit großem Elan einem Thema gewidmet, das in den letzten Jahren an Zuspruch gewonnen hat und dem anlässlich des Erinnerungsjahrs an den Beginn des Ersten Weltkrieges erneut große Aufmerksamkeit zuteilwurde.

Doch unabhängig von historischen Zäsuren hat das Interesse an Postkarten in der Forschung zugenommen: Groß ist die Zahl sowohl kommentierter, wissenschaftlich annotierter als auch nicht-kommentierter Dokumentationen historischer Postkarten. Unter solchen mit politischen Motiven nehmen die Propagandapostkarten des Ersten Weltkrieges einen zentralen Platz ein. Von allen kriegführenden Staaten wurden sie vom Kriegsausbruch an als politisches Instrument nutzbringend eingesetzt. Jaworski führt allein für das erste Kriegsjahr die beeindruckende Zahl von einer Million Postkarten auf dem Gebiet der Doppelmonarchie an (S. 12). Diesen „Boom“ bringt der Verfasser mit der Betrachtungsweise des Ersten Weltkrieges als „ersten groß angelegte[n] Medien- und Propagandakrieg“ in Verbindung, in dem die Postkarte als Propagandakarte gerade aufgrund ihrer ideologischen, den Krieg antreibenden Rolle von Bedeutung war (S. 13). Vor diesem Hintergrund richtet Jaworski den Blick auf Frauenmotive und -darstellungen.

Das vielschichtige Interesse des Verfassers bei der Dokumentation und Bildanalyse der Quellen kommt dem lesenden Publikum, sei es wissenschaftlich arbeitend oder nur thematisch interessiert, insofern zugute, als die Nutzbarmachung von Postkarten im Rahmen von Kriegspropaganda leicht nachvollziehbar wird. Die staatspolitische Inanspruchnahme, unabhängig davon, auf welche Kriegspartei sich das Augenmerk richtet, wird klar ersichtlich und der Zweck der präsentierten visuellen Gestaltungsmöglichkeiten in seiner – man möchte sagen – Banalität erkennbar.

Gute 130 Bildpostkarten mit Frauenmotiven hat Jaworski für die vorliegende Untersuchung zusammengetragen und auf ihre Darstellungsweise von Geschlechterbeziehungen sowie ihre allegorische Bedeutung im europäischen Ländervergleich der kriegführenden Parteien hin untersucht und kontextualisiert. Obgleich der Verfasser in der Einleitung postuliert, insbesondere die bislang kaum beachteten osteuropäischen Länder in den Fokus zu rücken, ist das Gros der Postkarten doch deutscher und französischer Provenienz. Dennoch erweist sich der vergleichend angelegte Ansatz als äußerst gewinnbringend, denn ganz

im Sinne eines genderzentrierten Ansatzes gelingt es dem Verfasser, die Wechselseitigkeit zwischen Frauen- und Männerbildern in den einzelnen Herkunftsländern aufzuzeigen.

Jaworski gliedert die von ihm exemplarisch gewählten Bildpostkarten in zwölf Weiblichkeitsdiskurse bzw. Informationskontexte, die wiederum in jeweils einem eigenen Kapitel vorgestellt werden. Mit der Überschrift des ersten Kapitels – „Schutzengel und andere Geisteswesen“ – wird bereits die Funktionalisierung von Frauen auf Kriegspostkarten angesprochen. Es ist die typisierte und idealisierte Frauenfigur, mit der „abstrakte Werte- und Idealvorstellungen“ weitergereicht wurden und sich die jeweiligen Kriegsparteien moralischen Beistand erhofften (S. 21). Die oftmals als Engel gestalteten Figuren nehmen hier unterschiedlichste Funktionen ein, vom bereits genannten Schutzengel zum Rache-, Friedens- oder Kriegsel. Anders als die Engel, die in allen Ländern als Motive herangezogen wurden, lassen sich Heiligenfiguren in ihrer schützenden Funktion auf eine katholisch geprägte Bildsprache zurückführen.

Sehr viel konkreter werden im zweiten Kapitel „Weibliche Allegorien als Kollektivkörper“ weibliche nationale oder imperiale Symbolfiguren wie die „Germania“, „Austria“ und „Marianne“ sowie „Britannia“ und „Rossija“ als die wohl bekanntesten Allegorien in ihren verschiedenen Darstellungskontexten untersucht. Jaworski hebt in diesem Zusammenhang auch die Kollektivfiguren der kleineren kriegführenden Staaten hervor, die weniger bekannten „Čechie“ und „Polonia“ oder auch die „Helvetia“ und „Italia“.

Anknüpfend daran werden im Kapitel „Militärische Bündnisse und weibliche Partnerschaften“ die Hintergründe für die Inbildsetzung von Bündnissen in Form von weiblichen Allegorien analysiert. Der Verfasser bezieht sich dabei auf die vertraulich wirkenden weiblichen Beziehungsmuster, mit denen die Bündnisse als „natürlich vorgegeben und sympathisch ausgewiesen werden“, sowie auf den appellativen Charakter weiterer Motive (S. 46).

Den zahlreichen Darstellungsvarianten, in denen der „Muttermythos“ hervorgehoben wird, widmet sich der Verfasser im nächsten Kapitel. Mütterlichkeit konnotiert mit Vertrautheit und Geborgenheit sowie Tradition und Zukunftssicherung finden sich in Marienbildern ebenso wie in „Mutterland“-Vorstellungen wieder, wie sie u.a. in Russland transportiert wurden.

Frauen und Militär stellen das zentrale Themengebiet der folgenden Kapitel dar: In „Militarisierte Geschlechterbeziehungen“ werden Geschlechterstereotype inszeniert und oftmals mit sprachlichem, bevorzugt doppeldeutigem Inhalt vorgestellt. „Frauen und Uniform“ sticht durch die Mischform von Soldatinnenfiguren hervor, bei denen unklar bleibt, ob der Adressatenkreis hier nicht v.a. in der weiblichen Leserschaft zu suchen ist. „Die Frau daheim – der Mann im Feld“: Dieser Überschrift lässt sich die – laut Jaworski – vermutlich größte Gruppe aller Bildpostkarten aus dem Ersten Weltkrieg zuordnen. Den Hintergrund dieser Abbildungen bildet die Konstruierung einer weiblichen „Heimatfront“ durch eine visuelle Gegenüberstellung von „Hausfrauen-“ und Soldatenfront. Diese emotional extrem aufgeladenen Darstellungen, etwa das nur in Frankreich und Italien vorkommende Bild der mütterlichen Patin eines ledigen Soldaten, herrschten bei allen Kriegsparteien in unterschiedlicher Ausprägung vor und bauten auf differierenden kulturellen Denkmustern auf. Die idealisierten Darstellungen der „Heimatfront“ sind unter der Kapitelüberschrift „Frauen arbeiten für den Sieg“ zusammengetragen. In zahlreichen Motiven arbeitender Frauen tritt hier die beruhigende Botschaft an die Frontsoldaten über eine intakte, funktionierende Infrastruktur in der „Heimat“ zutage.

Ein ganz anderes Spektrum von Frauenarbeit wird in „Die Krankenschwester: Kameradin oder Objekt der Begierde?“ angesprochen. Hier fallen die Präsentationen von Weiblichkeit sehr unterschiedlich aus: Wie der Verfasser herausarbeitet, dominiert die sexuelle Attraktivität der Krankenschwestern gerade in Postkarten aus England und Frankreich, während auf Postkarten aus Osteuropa und Russland eine solche Präsenz komplett entfällt (S. 127). Auf diese sexuelle Betonung wird erneut in dem Postkartensample „Andere Städtchen, andere Mädchen“ verwiesen. In diesem Postkartensample kommt deutlich die Faszination zum Ausdruck, die für die Soldaten von den Frauen aus den „fremden“, besetzten oder kriegsverbündeten Ländern ausging. In einigen Bildern zu besetzten Regionen lassen sich Spuren von Gewaltbereitschaft finden.

In direktem Kontrast dazu stehen die Abbildungen sterbender oder toter Soldaten, in denen dem Tod ein heldenhafter Sinn zugeschrieben wird. In „Heldentod und Frauenleid“ stehen sich zwei Botschaften gegenüber: Der Blickwinkel der trauernden Frau, christlich stilisiert und in ihrer Mütterlichkeit einer Marienabbildung vergleichbar, sowie der sterbende Held, der von seinem Sterbelager den Blick gen Himmel zu seiner Familie richtet.

Der Verfasser beendet seine Kategorisierung der Chronologie gemäß mit dem Ende des Krieges: „Sieg und Niederlage in weiblicher Gestalt“. Für die bildliche Verarbeitung des Krieges bedurfte es vermutlich mehr als nur der Präsentation stilisierter Frauentypen oder nationaler Weiblichkeitsallegorien, aber auch und insbesondere unter den Verlierern waren Szenen aus der christlichen Mythologie stark vertreten.

Jaworski hat sich in dieser Publikation nicht zum ersten Mal eines Themas der visuellen historischen Forschung angenommen. Verschiedene Forschungsergebnisse, gerade aus dem Bereich der Postkarten- und Plakاتفorschung, liegen bereits vor. Diese Fachkompetenz ist der hier vorzustellenden Monografie zu entnehmen. In diesem Buch werden keine methodischen und theoretischen Diskurse wiedergegeben – auf diese wird *en passant* verwiesen. Hier wird vielmehr eine komparatistische Studie genutzt, um auf die erheblichen Parallelitäten in der Darstellung weiblicher Allegorien in den kriegsbeteiligten Ländern zu verweisen. Dabei wird das Interesse des Lesenden am Thema durch den überaus flüssigen, beinahe süffisanten Schreibstil auf keiner Seite gebremst. Kommentare bis hin zu Bewertungen von Postkartendarstellungen wie etwa: „Trotz der massiv aufgetragenen und mehrfach wiederholten kollektiven Merkmalszuschreibungen handelte es sich letztlich um drei ziemlich gleichförmige und harmlos-liebe Puppengesichter, die jedem Kaffeekränzchen Ehre gemacht hätten, aber kaum den Eindruck kampfbereiter Amazonen erweckten“ geben auch der Schriftsprache jene bildliche Ausstrahlung, welche die abgebildeten Postkartenmotive auszeichnet.¹

Das Konzept des Verfassers, seine Untersuchung mit einem europaweiten Bezug durchzuführen, ist aufgegangen. Gerade auf dieser komparatistischen Ebene wird deutlich, dass sich die Frauenmotive auf Postkarten, mithin die Stilisierungen von Frauen und Allegorien von Weiblichkeit, über die Grenzen hinweg in weiten Bereichen ähnelten und in ihrer politischen Funktion glichen. Insbesondere unter den verbündeten Staaten zeichnet der Verfasser regelrechte „Trends“ nach, die auf eine Übernahme von Darstellungsstilen, Motiven und Weiblichkeitsinstrumentalisierungen schließen lassen. Als Bildbotschaften mentaler Verfasstheit und zugleich als Hinweis auf Geschlechterkonzepte stellen Postkarten, dies

1 Zu einer Postkarte, auf der „Austria“, „Germania“ und „Turcia“ als Porträts abgebildet sind, S. 46.

zeigt Jaworski anschaulich, einen nicht zu unterschätzenden Quellenfundus dar, der in der Forschung viel zu lange vernachlässigt wurde.

Lediglich zwei kleine Nachträge seien abschließend erwähnt: Dabei handelt es sich um eine Anregung inhaltlicher Art sowie um eine eher redaktionelle Randnotiz. Zum einen wäre eine Einbettung der Ergebnisse in einen gesamt kunsthistorischen Kontext begrüßenswert, denn gerade in der darstellenden Kunst spielen weibliche Allegorien seit Mitte des 19. Jahrhunderts in der Skulpturenkunst Deutschlands eine tragende Rolle. Dies galt insbesondere dann, wenn es um die Verbildlichung von Nation im Kontext von Kriegen ging, setzte sich die Abbildung allegorischer Weiblichkeit doch von der bildhauerischen Arbeit über Briefmarken und Geldscheine bis hin zur Postkarte fort.² Vermutlich aber würde ein solches Vorgehen das bestehende Format des Buches gravierend verändern und den Lesegenuss schmälern. Und zum anderen: Sollte an eine Neuauflage der Publikation gedacht werden, wäre über ein Abbildungsverzeichnis nachzudenken, in dem die Postkarten als Quellen mit Verleger, Verlags- und Vertriebsregionen, möglicherweise sogar ihre Grafiker Nennung fänden.

Anja Wilhelmi, Lüneburg

2 Beginnend mit u.a. Silke Wenk: Versteinerte Weiblichkeit. Allegorien in der Skulptur der Moderne, Köln u.a. 1996, hier S. 87-112.

Robert Spät: Die „polnische Frage“ in der öffentlichen Diskussion im Deutschen Reich, 1894–1918, Marburg: Verlag Herder-Institut 2014, X, 477 S.

Die preußische Polenpolitik und der sich verschärfende deutsch-polnische Nationalitätenkonflikt um 1900 sind in den letzten Jahrzehnten Gegenstand einer Vielzahl von Untersuchungen geworden. Dabei wurden die Wechselwirkungen zwischen repressiver Politik und Erstarken der polnischen Nationalbewegung, die Tätigkeit nationalistischer Organisationen und die Entwicklung kolonialer Deutungs- und Herrschaftsformen herausgearbeitet. Im Fokus standen damit vor allem die Akteure und Konzeptionen, die zu einer Verschärfung des Nationalitätenkonfliktes beitrugen. Es ist ein Verdienst der 2013 mit dem Wissenschaftspreis des polnischen Botschafters in Berlin ausgezeichneten Studie von Robert Spät, die Auseinandersetzung der deutschen Öffentlichkeit mit der preußischen Polenpolitik in ihrer ganzen Breite darzustellen und dabei besonders auf die für eine deutsch-polnische Verständigung eintretenden Kritiker dieser Politik einzugehen.

Der Autor schildert in einem ersten Teil die mediale Debatte um die Gesetzgebung für die östlichen Provinzen Preußens und um den Umgang mit der dort lebenden polnischsprachigen Bevölkerung zwischen dem Ende der so genannten Versöhnungsära unter Reichskanzler Caprivi 1894 und dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges 1914. Er thematisiert dabei zunächst die wachsende Kritik an der Politik Caprivis, die mit der Aktivierung negativer Polenbilder in der Öffentlichkeit sowie der Gründung des nationalistischen Ostmarkenvereins einherging, und schildert zugleich die vielfältigen Gegenstimmen gegen die erneute Verschärfung der repressiven Polenpolitik ab 1894. Anschließend wird die öffentliche Debatte um die Einführung des deutschsprachigen Religionsunterrichtes für polnischsprachige Schulkinder in den östlichen Landesteilen Preußens anhand der Berichterstattung

über die Schulstreiks in Wreschen 1901/02 sowie in einer Vielzahl von preußischen Orten 1906/07 vorgestellt. Schließlich erörtert Spät die in der Presse ausgetragenen Kontroversen um die Verschärfung der Ansiedlungsgesetzgebung 1904, die Sprachbestimmungen des Vereinsgesetzes von 1908 sowie um die Einführung und schließliche Umsetzung des Enteignungsrechtes zugunsten der Ansiedlung deutscher Bauern 1908/12. Insgesamt zeichnet Spät das Bild einer tief gespaltenen Öffentlichkeit, wobei die Grenze im Wesentlichen zwischen den politischen Lagern der preußischen Vorkriegspolitik verlief. Auf der einen Seite propagierte die Presse, die – vom Autor auch als rechte Presse bezeichnet – den im preußischen Landtag dominierenden Parteien der Konservativen und Nationalliberalen sowie den nationalistischen Verbänden nahestand, unter Verweis auf eine angebliche Bedrohung der deutschen Bevölkerung und der Interessen des Reiches durch die polnische Nationalbewegung eine stete Verschärfung der Repressionsmaßnahmen. Auf der anderen Seite kritisierte die sozialdemokratische, linksliberale und die dem Zentrum nahestehende katholische Presse, unterstützt von Veröffentlichungen für eine Verständigung eintretender polnischer Autoren, grundsätzlich die Ausrichtung der preußischen Politik, wenn auch mit unterschiedlicher Stoßrichtung. Im Zentrum der linksliberalen Publikationen stand die Forderung nach Rechtsgleichheit, die katholische Presse verurteilte die antipolnische vor allem als antikatholische Politik, die sozialdemokratische als gegen die polnischen Arbeiter gerichtet.

Der zweite Teil der Studie ist der Berichterstattung über Polen und den Debatten um eine Neuausrichtung der Polenpolitik während des Ersten Weltkrieges gewidmet. Der Autor konstatiert zunächst eine im Zuge der Besetzung polnischer Landesteile während der ersten Kriegsjahre rasch zunehmende Berichterstattung über Polen und polnische Kultur, an der sich auch polnische, auf Deutsch publizierende Autoren beteiligten. Negative Polenbilder, Stereotypen und Geschichtsdeutungen seien dabei partiell relativiert worden und eine an deutsch-polnischer Verständigung orientierte sowie die Gründung eines polnischen Staates auf russischem Gebiet befürwortende Ausrichtung der Presse habe zumindest scheinbar die Öffentlichkeit dominiert. Den Hintergrund bildeten die Erwartung, die polnische Bevölkerung der besetzten russischen Landesteile als militärischen Bündnispartner zu gewinnen, und die bis 1916 untersagte öffentliche Diskussion von Annexionszielen. Spät erörtert anschließend das Abebben des Interesses an Polen als potentiell Verbündeten und die Zunahme von gegen eine Zusammenarbeit gerichteten Pressebeiträgen nach der vorläufigen Konstituierung des Königreichs Polen durch die Mittelmächte 1916. Als bedingende Faktoren führt Spät an, dass die Organisation verbündeter polnischer Militärverbände misslang, dass die scheinbar günstige Kriegslage im Osten keine Kompromisse erforderlich machte und dass schließlich die Freigabe der Kriegszieldiskussion öffentliche Annexionsforderungen ermöglichte.

Abschließend geht Spät auf die Debatten um Änderungen der Gesetzgebung in Preußen und im Reich während des Krieges ein. Einige die polnische Bevölkerung besonders diskriminierende Bestimmungen der Ansiedlungsgesetzgebung wurden zwar auf dem Verwaltungsweg vorläufig außer Kraft gesetzt und polnischsprachiger Religionsunterricht wurde zunehmend geduldet, allerdings erfolgte bis Kriegsende keine grundsätzliche Gesetzesrevision. Spät konstatiert, dass die Entwicklung der Diskussionen um die Verhältnisse in den preußischen Ostprovinzen parallel zu denen um die Beziehungen zur polnischen Bevölkerung in den besetzten Gebieten verlief. Während der ersten Kriegsjahre nahm die öffentliche

Kritik an der Gesetzeslage stark zu, da die Inkonsistenz einer Politik offensichtlich war, die einerseits darauf zielte, die polnische Bevölkerung der besetzten russischen Gebiete als Bündnispartner zu gewinnen, andererseits aber nicht bereit war, sich endgültig von einer Gesetzgebung zu verabschieden, die die polnische Bevölkerung im Reich diskriminierte. Ab Ende 1916 nahm der Anteil der Publikationen, die sich gegen Versuche einer Verständigung mit der polnischen Minderheit im Reich aussprachen, aber wieder deutlich zu. Spät führt als Grund dafür neben der schon geschilderten Neubewertung der außenpolitischen Lage auch die wachsende Überzeugung an, die angekündigte Reform des Wahlrechtes in Preußen werde automatisch zu neuen Mehrheiten und damit zu einem Wandel der Politik führen. Warnungen vor den Folgen einer neuen Polenpolitik wurden in der konservativen und nationalistischen Presse nun zum Argument gegen die Einführung des Verhältniswahlrechtes. Die Studie schließt mit einem Ausblick auf die in der Weimarer Republik von der Presse jeder politischen Richtung geteilte Ablehnung der nach dem Krieg erfolgenden Grenzziehung zu Polen.

Der Erkenntniswert der detailreichen Untersuchung wird leider durch zwei folgenreiche Vorentscheidungen eingeschränkt. Der Autor betrachtet – wie er bereits in der Einleitung festhält – die Politik gegenüber der polnischsprachigen Minderheit im Deutschen Reich nur als Teil von dessen Umgang mit sprachlichen Minderheiten. Die von Klaus Zernack herausgearbeitete Belastung der Reichsgründung durch den Einschluss der früher polnischen Landesteile, der die deutsche Außenpolitik auf eine Abwehr polnischer Nationalstaatsbildung mehr oder weniger festlegte,¹ wird von ihm weitgehend ausgeblendet. Als „polnische Frage“ wird nicht die Frage nach der Wiederherstellung eines unabhängigen Polens diskutiert, sondern nur die Frage des Umgangs mit der polnischsprachigen Minderheit im Reich sowie zur Zeit des Ersten Weltkriegs auch die Frage der Zukunft des russischen Teilungsgebietes Polens. Dies mag dem Umstand geschuldet sein, dass die für eine deutsch-polnische Verständigungspolitik eintretenden Pressebeiträge, auf die Spät sich konzentriert, eine Thematisierung von Fragen nach einer zukünftigen polnischen Staatlichkeit und deren Grenzen gezielt vermieden oder dass sie tatsächlich – anders als noch in der Polendebatte in der Paulskirche von 1848 – von der Irrelevanz dieser Fragen ausgingen. Inwiefern das eine oder das andere zutrifft, bleibt allerdings unklar, da diese Fragen in der Studie – abgesehen von der Erwähnung „tendenziöser“ Zusammenstellungen polnischer Publikationen in der „rechten“ Presse, die damit versucht habe, die Bedrohung der Reichsgrenzen durch die polnische Nationalbewegung zu begründen – gar nicht thematisiert werden. Damit im Zusammenhang steht, dass Beiträge polnischer Autoren im Wesentlichen nur herangezogen werden, sofern diese sich in der deutschsprachigen Presse für eine Milderung der antipolnischen Gesetzgebung im Rahmen der bestehenden Staatsgrenzen und der deutschen Dominanz aussprachen. Über die Debatten in der polnischsprachigen Öffentlichkeit des Reiches und deren Verhältnis zu den deutschsprachigen ist kaum etwas zu erfahren – außer dass die zitierten, eher konservativen und aristokratischen Autoren zunehmend an Deutungsmacht verloren. Ob es im Übrigen sinnvoll ist, dass deren Namen im Text mit den unterschiedlichen damals genutzten eindeutschenden Schreibweisen wiedergegeben werden, sei dahingestellt.

1 Klaus Zernack: Polen in der Geschichte Preußens, in: Otto Büsch (Hrsg.): Handbuch der preußischen Geschichte, Bd. 2: Das 19. Jahrhundert und große Themen der Geschichte Preußens, Berlin 1992, S. 377-448.

Die zweite Grundentscheidung des Autors, die die Aussagekraft der Studie stark beeinträchtigt, ist die Konzentration auf die Kommentare in verschiedenen Presseorganen zu einzelnen Ereignissen und politischen Entwicklungen. Wie Spät selbst in der Einleitung anmerkt, war die Presse des Kaiserreichs eine weitgehend an einzelne politische Lager gebundene Meinungspressen. Insofern kann es nicht weiter verwundern, dass die Berichterstattung zu Gesetzgebungsverfahren, Gerichtsurteilen oder allgemeinen Entwicklungen sich im Wesentlichen an die vorgegebene politische Linie hielt und der Autor in der Zusammenfassung geradezu ritualisierte Reaktionen in den jeweiligen Lagern konstatiert. Über konkrete Konzepte eines zukünftigen Umgangs deutscher und polnischer Bevölkerung miteinander und über interne Diskussionen darüber innerhalb der jeweiligen Lager ist so gut wie nichts zu erfahren und es bleibt offen, inwieweit es dergleichen Debatten gegeben haben mag. Nur im Falle der von Hans Delbrück herausgegebenen Preußischen Jahrbücher werden die Entwicklung der Beiträge zu Fragen der Polenpolitik und deren Hintergründe an einer Stelle in längerfristiger Perspektive analysiert. Aber auch hier, wie bei der Analyse der liberalen Presse insgesamt, wird der aus der Forschung herausgearbeitete Zusammenhang der Debatten um Modernisierungs- und Polendebatte² nicht konsequent nachverfolgt. Ebenso wenig werden die damit zusammenhängenden Hintergründe des Schwankens der konservativen Presse zwischen Zustimmung zu nationalistischer Politik und Bedenken gegen radikale Maßnahmen deutlich herausgearbeitet.

Da sich die Studie auf die Befürworter einer deutsch-polnischen Verständigung konzentriert, fällt noch mehr auf, dass von internen Debatten in deren Spektrum kaum etwas zu erfahren ist. Gab es zum Beispiel keine Diskussion in der sozialdemokratischen Presse über das Verhältnis zu den unabhängigen Organisationsbemühungen der „Polska Partia Socjalistyczna“ [der Polnischen Sozialistischen Partei] oder über Mehrsprachigkeit in den eigenen sozialdemokratischen Vereinen und Parteiorganen? Wurde in der katholischen Presse nicht über das Verhältnis zwischen polnischen nationalen Kandidaten und denen des Zentrums bei Wahlkämpfen in Oberschlesien und Westpreußen diskutiert? Erörterten die vom Autor häufig zitierten Autoren der liberalen, für deutsch-polnische Verständigung Eintretenden „Posener Neuesten Nachrichten“ nicht Möglichkeiten und Probleme der Zusammenarbeit mit polnischen Organisationen? Dies sind nur einige der Fragen, die sich beim Lesen der Studie stellen, ohne dass in ihr darauf näher eingegangen würde.

Insgesamt muss aber noch einmal betont werden, dass die Arbeit von Robert Spät eine große Menge Material auswertet und eine Vielfalt von Details beschreibt. Für zukünftige weiterführende Forschungen zur Wahrnehmung und zum Umgang mit der „polnischen Frage“ dürfte damit der Weg bereitet sein.

Karsten Holste, Halle

2 Grundlegend dazu Uwe Müller: Modernisierung oder Diskriminierung? Siedlungspolitik in den preußischen Ostprovinzen zwischen Nationalitäten- und Agrarpolitischen Zielen, in: Uwe Müller (Hrsg.): Ausgebeutet oder alimentiert? Regionale Wirtschaftspolitik und nationale Minderheiten in Ostmitteleuropa (1867–1939), Berlin 2006, S. 141–166.

Mark Hatlie: Riga at War 1914–1919 – War and Wartime Experience in a Multi-ethnic Metropolis, Marburg: Verlag Herder-Institut 2014, 362 S.

Die lang ersehnte Publikation der Arbeit von Mark R. Hatlie, mit der er 2009 an der Universität Tübingen promovierte, widmet sich der Stadt Riga während des Ersten Weltkrieges. In der Tradition seines Mentors Karl Schlögel möchte Hatlie einen tiefgründigen Blick auf ein geografisch begrenztes Gebiet über einen relativ kurzen, jedoch überaus ereignisreichen Zeitraum richten. Die Jahre des Ersten Weltkrieges bedeuteten für Riga „dramatic demographic dislocation, military violence, and rapid political change. Invasions, revolutionary upheaval, economic chaos, and material need, the collapse of empires and the creation of new states were all experienced here first hand“ (S. 310). Kaum eine Stadt erlebte wohl so viele Facetten des Krieges wie Riga. Um diesen vielen Facetten gerecht zu werden, erzählt Hatlie die bewegende Geschichte der fünf Kriegsjahre insgesamt viermal, jedes Mal aus einer anderen Perspektive, mit anderen Schwerpunkten.

Das erste Narrativ, zugleich der erste von zwei Hauptteilen des Buches, wird auf traditionell historische Art erzählt. Es beinhaltet Fakten, Ereignisse, kriegerische Auseinandersetzungen sowie andere Faktoren, die die Situation in der Stadt Riga beeinflussten. Die fünf Kapitel in diesem Teil stellen verschiedene Etappen des Krieges dar. Sie beginnen jeweils mit der Beschreibung einer wichtigen Feier, welche die jeweilige Etappe charakterisieren soll. So beginnt das erste Kapitel (S. 14-31) mit den Feierlichkeiten anlässlich des Zarenbesuchs im Jahre 1910, die das Riga der Vorkriegszeit symbolisieren. Diese Feierlichkeiten zeigen das Selbstverständnis der Stadt als eine „deutsche Bastion“ im Russischen Reich, während der Zar hauptsächlich das russische Element der Stadt berücksichtigte. Die Multiethnizität der Stadt war kein konfliktfördernder Faktor, sondern man lebte mehr oder weniger friedvoll als Nachbarn nebeneinander.

Das zweite Kapitel (S. 32-70) befasst sich mit der frühen Kriegszeit. Mit dem Begräbnis der ersten drei Gefallenen der Lettischen Schützeneinheiten beginnt Hatlie seine Ausführungen. Dieses Ereignis, viel weniger pompös als der Zarenbesuch fünf Jahre zuvor, symbolisiert die beginnende Rivalität zwischen den verschiedenen ethnischen Gruppen Rigas. Hatlie argumentiert wiederholt, dass die Einwohner Rigas sich nicht eigenständig ethnische Konfliktlinien aufgebaut hätten, sondern dass diese meistens daraus entstanden seien, dass die jeweils herrschende politische Macht Loyalität zu erzeugen versuchte. Diese Loyalität wurde in der Regel durch ethnisch konnotierte Feindbilder, beispielsweise „des Deutschen“, konstruiert.

Hinzu kam der massive demografische Wandel der Kriegsjahre. 1915 erfolgte eine Massenevakuierung, in deren Verlauf drei Viertel der Einwohner russischer Nationalität in andere Teile des Russischen Reiches umgesiedelt wurden, um die Stadt für die vorrückende deutsche Armee unattraktiv zu machen. In den folgenden Jahren erreichten zahlreiche Kriegsflüchtlinge, vornehmlich Letten, Riga. Sie waren in Kurland vor den deutschen Invasoren geflüchtet. Gleichzeitig verließen viele Letten zum Kriegsdienst die Stadt, während Soldaten aus anderen Teilen des Reiches in Riga stationiert wurden; zudem fand eine mehr oder weniger freiwillige Emigration von Teilen der deutschsprachigen Bevölkerung statt. Das Kapitel schließt mit den Folgen der Februar-Revolution von 1917. Nach der Abdankung des Zaren Nikolai II. verbreiteten sich Unruhen und chaotische Zustände im ganzen Reich, und Riga bildete keine Ausnahme. Die allgemeine Stimmung in der Stadt war optimistisch,

obwohl die Front immer näher kam, denn man glaubte, die Lage könne nicht schlechter werden.

Die deutsche Okkupation seit September 1917 ist das Kernthema des dritten Kapitels (S. 71-98), das mit der Feier des kaiserlichen Geburtstags im Januar 1918 beginnt. Die Situation hatte sich komplett geändert. Während 1910 vor allem das russische Element der Stadt gefeiert worden war, wurde nun das deutsche hochgehalten, insbesondere das Militär. Diese Periode, die ein gutes Jahr dauerte, wurde eingeläutet mit der Plünderung der Stadt durch die sich zurückziehenden russischen Truppen und den halbherzigen Versuch der deutschen Okkupationsbehörden, die Stadt zu „germanisieren“. Aufgrund der vorangegangenen Evakuierung, der Kriegszerstörungen und der andauernden Flüchtlingsströme konnten natürlich keine tief greifenden Verbesserungen festgestellt werden, obwohl sich das deutsche Militärregime, im Vergleich zu späteren Regimen, relativ moderat verhielt. Als der Erste Weltkrieg im November 1918 vorüber war, ergriffen die national gesinnten Letten die Chance, ein unabhängiges Lettland auszurufen. Doch nach nicht einmal zwei Monaten wurde die junge lettische Demokratie von den lettischen Bolschewiki überrannt.

Kapitel vier nennt Hatlie „Red Riga“ (S. 99-139). Darin beschreibt er die Periode von Januar bis Juli 1919, die zunächst das sehr chaotische „Kommunistenregime“ umfasst und die daran anschließende zweite deutsche Okkupation, diesmal von der 1918 gegründeten Landeswehr, die nach dem „roten Terror“ den „weißen Terror“ installierte. Nach vier Jahren Kriegszustand war die Situation für die Stadtbevölkerung katastrophal, und die gewalttätigen und teils unüberlegten politischen Entscheidungen der „roten“ Machthaber verschlimmerten die Lage weiter. So verwundert es sehr, dass sich die Einwohner, insbesondere die Letten, zusammaten, um die übrig gebliebenen Landeswehr-Truppen unter General Bermond-Avalov im Dezember 1919 aus der Stadt zu treiben, wie im Kapitel fünf (S. 144-150) erzählt wird.

Diese fünf Kapitel geben einen sehr konzisen historischen Überblick über die Ereignisse der fünf Kriegsjahre (1915–1920). Hier weicht Hatlie kaum spürbar von der traditionellen Geschichtsschreibung ab, obwohl er eine Unmenge an Primärquellen in vier Sprachen zurate zieht, um ein ganzheitliches Bild der Lage zeichnen zu können. Was Hatlies Narrativ besonders macht, ist sein Fokus auf alle Bevölkerungsgruppen der Stadt. Während die eine oder andere Periode des Krieges in den bisher erschienenen Behandlungen meistens aufgrund der ideologischen oder nationalen Hintergründe seiner Autoren fokussiert wurde, blickt Hatlie weitgehend unvoreingenommen auf die Geschichte, auch wenn ihn die Grausamkeiten der verschiedenen Akteure nicht unberührt lassen.

Das sechste Kapitel, das den ersten Teil des Buches abschließt (S. 151-157), widmet sich dem demografischen Wandel der Stadt. Dabei geht es Hatlie nicht so sehr um die ethnische Zusammensetzung der Stadtbevölkerung, die in den anderen Kapiteln des Buches immer wieder verhandelt wird, sondern um Sterberaten und -gründe sowie um die Verteilung der Nationalitäten in den verschiedenen Stadtteilen.

Der zweite Teil des Buches erzählt die Geschichte des Krieges in Riga aus drei differierenden nationalen Perspektiven, ohne Ereignisse, Schlachten und Fakten. Im ersten Kapitel dieses Teils (S. 158-227) geht es um die deutsche Betrachtung, die in den Primärquellen deutlich überrepräsentiert ist, denn die deutschsprachige Bevölkerung hatte einen hohen Anteil an Intellektuellen und gut gebildeten Tagebuch- und Memoirenschreibern. Diese Bevölkerungsgruppe war es auch, die den Heimatcharakter Rigas am stärksten beschrieb und

für Hatlie die ergiebigsten Quellen hinterließ. Die deutsche Perspektive ist für Hatlie auch deshalb spannend, weil „in every sense of the word, they had lost the war [...] and yet, despite these losses, their relative number within Riga actually increased during the war“ (S. 225 f.).

Die Letten, die im darauf folgenden Kapitel (S. 228-285) analysiert werden, hatten eine weniger greifbare Meinung zum Krieg und zur Stadt Riga. Einerseits gab es die radikalisierten Sozialisten, für die Riga nur den Hintergrund ihres konkreten Beitrags zur Weltherrschaft des Proletariats darstellte, und andererseits die lettischen Nationalisten, die in Riga eine fremde Stadt auf lettischem Boden sahen. Erst im Laufe des Krieges, konkret im Jahr 1919, nach der lettischen Unabhängigkeitserklärung und dem Vorstoß der estnisch-lettischen Truppen nach Riga, wurde die Stadt wirklich ein Teil der lettischen Heimat. Erst danach konnte Riga als Teil Lettlands in Literatur und Politik vollständig integriert werden.

Das letzte Kapitel des Buches (S. 286-309) beschreibt die Sicht der Russen auf den Krieg in Riga. Dieses Kapitel ist noch weniger deutlich konturiert, denn es gibt kaum russischsprachige Ego-Dokumente, in denen die Stadt Riga in dieser Zeit eine Rolle spielt. Ein Großteil der russischsprachigen Elite war 1915 evakuiert worden und für die Russen war Riga oft ohnehin eher eine Außenstelle des Russischen Reiches, die nur bedingt als „Heimat“ angesehen wurde. Für den russischen Besucher war der „deutsche“ Charakter der Stadt nicht zu übersehen, sowohl vor als auch nach dem Krieg. So konzentriert Hatlie sich in diesem Teil auf die russisch-orthodoxe Kirche, die einzige lokal verortete russische Institution, die in Riga über die Kriegsjahre Bestand hatte. Dabei zitiert er sowohl lettisch- als auch russischsprachige Quellen als Ausdruck dieser „russischen“ Sicht, was zwar teilweise problematisch ist, andererseits aber auch eine Annäherung an die Realität ermöglicht. Die lettischsprachige Orthodoxie hatte sich – parallel zur restlichen Nation – erst von der fremden Vormundschaft emanzipieren müssen, was in diesem Fall im Laufe des Ersten Weltkrieges gelang.

Der Weltkrieg und die darauf folgenden Bürgerkriegswirren haben in Riga tiefe Spuren hinterlassen, nicht nur materieller Art. Im Epilog zeigt Hatlie noch einmal, welche Bedeutung diese Periode für die städtische Erinnerungskultur hat. Bis vor kurzem gab es in der Stadt keinen expliziten Erinnerungsort des Ersten Weltkrieges, da jüngere Ereignisse diese Erinnerung überlagert haben. Erst im Jahre 2000 wurde das sowjetische Monument zu Ehren der „Roten Lettischen Schützen“ nahe der Daugava im Zentrum Rigas zu einem Denkmal für die Lettischen Schützen im Allgemeinen umgedeutet. Diese zugegebenermaßen etwas holprige Umdeutung verankerte die Jahreszahl 1915 wieder sichtbar im Zentrum der Stadt. Andere Erinnerungsorte sind weniger materiell verortet, wie zum Beispiel der 22. Mai 1919, der bis in die 1970er Jahre als wichtigster Fixpunkt deutschbaltischer Kriegsgeschichte bestehen blieb (S. 210-216), oder der Bräufriedhof (Brāļu Kapi), der für die gefallenen Letten – egal auf welcher Seite – die letzte Ruhestätte wurde (S. 234-238, 280 f.).

So gelingt Hatlie ein hervorragendes Buch, das viele parallel laufende und zeitweise widersprüchliche historische Narrative vereint, um alltägliches Leben in der von Krieg und Unruhen geplagten Stadt Riga darzustellen. Für einige der Stadtbürger dieser Zeit waren die politischen Kämpfe des Weltkrieges und des Russischen Bürgerkrieges nur ein Hintergrund, vor dem sie ihre lang gehegten Ordnungsvorstellungen ausleben konnten. Für viele Bürger bedeuteten der Terror und das Elend aber das Ende „ihrer“ Stadt. Als einzige Sieger gingen

die Letten aus dem Konflikt hervor, die Riga für sich und ihre Identität erobert hatten, als Nebenprodukt der Auseinandersetzungen zwischen Deutschen und Russen. Sie waren die Einzigen, die nach den zahlreichen Umbrüchen noch ihre eigene Stadt erkennen konnten, wobei sie sich bemühten, diese Stadt auch den anderen Volksgruppen durch Autonomieregelungen und Mitspracherechten ein Stück weit zur Heimat zu machen. Das Buch liefert eine sehr plausible und vielschichtige Vorgeschichte zum Verständnis von Lettland und Riga in der Zwischenkriegszeit.

Sebastian Rimestad, Erfurt

Eva-Clarita Pettai, Vello Pettai: *Transitional and Retrospective Justice in the Baltic States*, Cambridge: Cambridge University Press 2015, 375 S.

Transitional Justice ist ein interdisziplinäres Forschungsfeld. Nach dem Zusammenbruch der Militärdiktaturen in Südamerika, der kommunistischen Regime in Mittel- und Osteuropa sowie des Apartheid-Regimes in Südafrika hat die *Transitional Justice*-Forschung in den letzten zwei Jahrzehnten stark expandiert. Anders als die deutsche Übersetzung „Transitionsjustiz“ vermuten lässt, umfasst *Transitional Justice* verschiedene Forschungsansätze, in denen nicht nur die Aburteilung der Verantwortlichen, sondern allgemein der Umgang mit der diktatorischen Vergangenheit untersucht wird – ein Aspekt, der in Deutschland meist unter dem Begriff „Vergangenheitsbewältigung“ zusammengefasst wird.

Eva-Clarita und Vello Pettai haben mit ihrer Monografie erstmals eine umfassende Studie zur *Transitional Justice* in den baltischen Staaten vorgelegt. Ziel der Studie ist es, die Politik der Wahrheitsfindung und der Wiederherstellung des Rechtsstaats in den baltischen Staaten im Kontext postkommunistischer Aufarbeitungsprozesse zu analysieren. Während im Rahmen von Sammelbänden und vergleichenden Aufsätzen die baltischen Staaten bereits von anderen Autoren behandelt worden sind, konzentrierten sich diese Studien meist auf Einzelaspekte der *Transitional Justice*, wie zum Beispiel dem Entfernen früherer Geheimdienstmitarbeiter und KP-Funktionäre aus gehobenen Positionen (Lustration). Die baltischen Staaten werden in Gesamtdarstellungen zum Thema *Transitional Justice* in Mittel- und Osteuropa auch gern ganz weggelassen, weil sie einen Sonderfall darstellen: Die Tatsache, dass Estland, Lettland und Litauen als Sowjetrepubliken Bestandteile der UdSSR waren, hat auch Auswirkungen auf ihre *Transitional Justice*.

Die Signifikanz der Monografie liegt darin, dass die Verfasser die verschiedenen Prozesse der *Transitional Justice* in den baltischen Staaten vergleichend betrachten, wobei die teils sehr unterschiedlichen Ansätze zum Umgang mit der Vergangenheit in den drei baltischen Staaten dennoch auch detailliert dargestellt werden: In jedem Kapitel gibt es Unterkapitel zu Estland, Lettland und Litauen, die sich der Darstellung der spezifischen nationalen Debatten und Eigenarten widmen. Die Studie stützt sich auf umfangreiches Quellenmaterial (Gesetze, Gerichtsurteile, Resolutionen, Kommentare in den Medien) sowie auf Primär- und Sekundärliteratur auf Deutsch, Englisch, Estnisch, Lettisch und Litauisch, ergänzt um Experteninterviews aus allen drei Staaten.

Eva-Clarita und Vello Pettai beginnen ihre Monografie mit einer historischen Abbildung: der Beschreibung des Gebäudes in der Innenstadt von Vilnius, das während der nationalsozialistischen Besetzung der Gestapo als Dienstzentrale und Gefängnis diente und während

der Sowjetzeit vom NKWD bzw. KGB zu gleichen Zwecken genutzt wurde. Ein kurzer Rückblick auf die Geschichte des Gebäudes zu Beginn gibt Aufschluss darüber, warum es in den baltischen Staaten – worauf bereits der Titel der Monografie hinweist – nicht nur um Transitionsjustiz geht, sondern vor allem auch um *retrospektive* Justiz. Denn ein großer Teil der Verbrechen, die es nach 1991 aufzuarbeiten galt, hatte sich in den 1940er und 1950er Jahren ereignet. Heute befindet sich in diesem Gebäude das „Genozid-Museum“, wobei in der Ausstellung, der aktuellen Tendenz der litauischen Erinnerungspolitik folgend, der Schwerpunkt auf die Darstellung und Erinnerung der sowjetischen Gewaltverbrechen gelegt wird. Dies gilt auch für die Autoren der Monografie, die sich in ihrer Studie auf die Maßnahmen der *Transitional Justice* in Estland, Lettland und Litauen in Bezug auf den Umgang mit der kommunistischen Vergangenheit konzentrieren. Dieser Schwerpunkt ist von der Aufarbeitungspraxis in den baltischen Staaten, die es zu untersuchen gilt, vorgegeben. Selbst wenn *Transitional Justice* in Bezug auf den Nationalsozialismus innerhalb der Monografie weniger Raum einnimmt, gelingt es den Autoren dennoch immer wieder, in den verschiedenen Kapiteln auch die Aufarbeitungspraxis in Bezug auf die Verbrechen der Nationalsozialisten in den Blick zu nehmen. Dies muss insofern als Verdienst unterstrichen werden, als dass der Diskurs in den baltischen Staaten komplett von den Debatten zur Aufarbeitung des Kommunismus dominiert wird.

Die Monografie umfasst sieben Kapitel, wobei das erste Kapitel den methodologischen Rahmen erläutert und das zweite Kapitel einen historischen Überblick zur Geschichte der baltischen Staaten sowie eine Einordnung der in Estland, Lettland und Litauen begangenen Verbrechen bietet. Das erste Kapitel zeichnet sich dadurch aus, dass in ihm nicht nur der theoretische Rahmen erläutert und die Studie in den Forschungsstand eingebettet wird, sondern dass es darüber hinaus mithilfe von Tabellen eine ausgezeichnete Orientierung bietet, um die komplexen Mechanismen der *Transitional Justice* einzuordnen. So gliedern die Autoren die von ihnen untersuchten Maßnahmen in kriminal-judikative, politisch-administrative und symbolisch-repräsentative Wahrheitsfindung und Rechtsprechung. Bei der knappen, einleitenden Darstellung der Geschichte inklusive der Debatte um die Verwendung des Begriffs „Genozids“ zur Beschreibung der Folgen der stalinistischen Massendeportationen im zweiten Kapitel äußern sich die Autoren erstaunlich zurückhaltend und bemerken lediglich, dass diese Debatte noch nicht abgeschlossen sei. Sie beziehen hier nicht klar Stellung hinsichtlich der kontroversen Frage, ob der Begriff auf die Folgen der Verbrechen durch den Kommunismus in den baltischen Staaten sinnvoll anzuwenden ist. In späteren Kapiteln, zum Beispiel bei der Diskussion um die Anwendung des Begriffs im litauischen Strafrechtsparagrafen, ist ihr Urteil wesentlich eindeutiger – dort lehnen Eva-Clarita und Vello Pettai die breite Auslegung und Verwendung des Begriffs „Genozid“ durch die litauische Justiz klar ab.

Die eigentliche Untersuchung der *Transitional and Retrospective Justice* beginnt mit dem dritten Kapitel, in dem die strafrechtliche Aufarbeitung in den baltischen Staaten nach 1991 in den Blick genommen wird. Hier stellen die Verfasser die juristische Verurteilung der in den baltischen Staaten verübten Kriegsverbrechen sowie der Verbrechen unter kommunistischer Herrschaft dar. Besonders gelungen ist die Verknüpfung der allgemeinen Analyse mit Fallbeispielen, wodurch interessante und kontroverse Fälle detailliert geschildert werden. Tabellen, in denen z.B. alle Anklagen von „Verbrechen gegen die Menschlichkeit/Genozid“ mit Namen des Angeklagten und Zeitpunkt des Urteils aufgelistet sind, geben zudem die Möglichkeit zur schnellen Orientierung.

Im vierten Kapitel liegt der Schwerpunkt vor allem auf der Lustration und der Problematik der in den baltischen Staaten nur bruchstückhaft erhaltenen KGB-Akten. Die Autoren untersuchen die Hintergrundüberprüfung von Amtspersonen, den formellen Ausschluss ehemaliger Funktionäre der Kommunistischen Partei und des Geheimdienstes von Ämtern, die öffentliche Stigmatisierung früherer KGB-Agenten sowie die Versuche, durch das Anregen von Selbstanzeigen – verbunden mit der Garantie auf Geheimhaltung der Personalien – das Wissen der Aufarbeitungsorgane zu erweitern. Besonders deutlich wird in diesem Kapitel die Problematik der Aufarbeitung zwischen dem Anspruch, demokratische europäische Rechtsstaaten zu errichten, auf der einen und dem Wunsch, ehemalige kommunistische Funktionäre und KGB-Mitarbeiter von Schlüsselpositionen der Politik, Justiz und Wirtschaft fernzuhalten, auf der anderen Seite. Anschaulich stellen die Autoren auch den Aspekt der politischen Instrumentalisierung von „Säuberungsmaßnahmen“ dar, insbesondere in Litauen, wo die Einführung bzw. Intensivierung von Lustrationsmaßnahmen sehr stark davon abhängig war, ob Parlament und Regierung gerade von einer links- oder rechtsgerichteten Partei dominiert wurden. In Bezug auf Estland und Lettland wäre eine stärkere Einbeziehung der Gesetze, die ehemalige sowjetische KGB-Mitarbeiter und hochrangige Militärs von der Staatsbürgerschaft ausschließen, in die Debatte über Lustration wünschenswert gewesen, gerade weil allgemeine Untersuchungen zu den postkommunistischen Staaten diesen Aspekt im baltischen Fall häufig besonders betonen.

Im fünften und sechsten Kapitel zeigt sich besonders, dass die Autoren das Forschungsfeld der *Transitional Justice* breiter auslegen, als das die deutsche Übersetzung Transitionsjustiz vielleicht vermuten ließe. Es geht in diesen beiden Kapiteln um Rehabilitation und Wiedergutmachung (Kapitel 5) sowie Wahrheitsfindung und symbolische Aufarbeitung (Kapitel 6). Gerade letzteres hat in den baltischen Staaten zu einer ganzen Reihe von Maßnahmen geführt, angefangen von der Einrichtung von Gedenktagen für die Opfer der nationalsozialistischen und kommunistischen Regime bis hin zur Musealisierung und staatlichen Maßnahmen zur Erforschung von Repressionen und ihren Opfern. Alle drei baltischen Staaten haben Gedenktage für die Opfer des Holocaust und der stalinistischen Massendeportationen eingerichtet, wobei das Leiden unter sowjetischer Herrschaft besondere Aufmerksamkeit erfährt. Eva-Clarita und Vello Pettai weisen darauf hin, dass die starke Tendenz, die eigene Opferrolle unter zwei Okkupationen zu betonen, in Estland, Lettland und Litauen einer umfassenden Auseinandersetzung mit der komplexen Vergangenheit, in denen Balten sowohl Opfer als auch Täter waren, teilweise noch im Wege steht.

Im siebten und letzten Kapitel wenden sich die Autoren der internationalen Dimension der baltischen Aufarbeitung zu und zeigen damit auf, dass die baltischen Maßnahmen der *Transitional Justice* unmittelbare Konsequenzen auf den europäischen Aufarbeitungsprozess haben. Im Mittelpunkt stehen hier die Versuche Estlands, Lettlands und Litauens, einerseits Anerkennung für die Opfer kommunistischer Verbrechen gegen die Menschlichkeit auf europäischer Ebene zu erwirken und andererseits ihre eigene historische Deutung im Hinblick auf Auseinandersetzungen mit dem Nachbarn Russland zu stärken. Die Verfasser kommen zu dem Schluss, dass Maßnahmen zur historischen Rechtsprechung die russisch-baltischen Beziehungen seit dem Zerfall der Sowjetunion stark geprägt haben. Die Autoren untersuchen detailliert mehrere Urteile des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR). Mehrfach versuchten im Rahmen der Transitionsjustiz in den baltischen Staaten Verurteilte, teils mit russischer Unterstützung, eine Revision vor dem EGMR zu erwirken.

Während die baltischen Staaten klar darauf hinarbeiten, das gesamte Sowjetregime als verbrecherisch zu verurteilen, ist die Haltung europäischer Akteure, inklusive der Richter des EGMR, wesentlich zurückhaltender. Wie die Autoren betonen, zeigen die analysierten Urteile des EGMR, dass unter Straßburgs Richtern keine Einigkeit hinsichtlich der Verurteilung des Sowjetregimes als „durchgängig kriminell“ besteht. Auch die analysierten Resolutionen und Gedenkinitiativen demonstrieren, dass sich die Verurteilung kommunistischer Verbrechen auf europäischer Ebene meist ausschließlich auf die Opfer des Stalinismus bezieht.

Eva-Clarita und Vello Pettai's Monografie „*Transitional and Retrospective Justice in the Baltic States*“ leistet einen entscheidenden Beitrag zum Thema Aufarbeitung. Es ist eine lesenswerte Studie sowohl für Experten der *Transitional Justice* als auch für Politologen, Historiker und andere Wissenschaftler, die sich für den postkommunistischen Transformationsprozess der baltischen Länder interessieren.

Katja Wezel, Pittsburgh, PA

Gitanas Nausėda, Vilija Gerulaitienė: Chronik der Schule von Nidden, Vilnius: Petro Ofsetas 2013, 330 S.

Die „Chronik der Schule von Nidden“ ist eine Quellenedition, welche die Chroniken der Niddener Schule aus den Jahren 1894 bis 1944 umfasst. Sie besteht aus drei historischen Dokumenten, nämlich der „Schulchronik der Schule zu Nidden (1894–1923)“, der „Chronik der Schule zu Nidden, Band I (1923–1933)“ sowie der „Schulchronik Nidden, Band II (1934–1944)“. Die beiden letztgenannten Bände wurden Anfang 2012 durch den litauischen Geschäftsmann Gitanas Nausėda bei einer Auktion in Berlin durch Zufall entdeckt. Dieser Teil umfasst auch den als Herzstück der Schulchronik zu bezeichnenden Abschnitt, welcher vom 1. [Ersten] Lehrer der Schule in Nidden, Henry Fuchs, in den Jahren von 1923 bis 1936 verfasst wurde. In diesem stellt er das Alltagsleben im Dorf Nidden, dem heutigen Nida, auf der Kurischen Nehrung während der Zwischenkriegszeit dar. Während der Arbeiten an der Edition der Chronik für die Jahre 1923–1944 erhielten die beiden Herausgeber Vilija Gerulaitienė und der bereits genannte Nausėda Kenntnis von der Existenz zweier identischer Fotokopien eines älteren Teils der Chronik von 1894–1923, welche dann zusätzlich mit den anderen Teilen ediert und in dem vorliegenden Buch publiziert wurden.

Aber was ist an einer Schulchronik so besonders, dass es die aufwendige Transkription, Edition und Herausgabe rechtfertigt? Bereits in der wissenschaftlichen Einleitung „Henry Fuchs, der Autor der Niddener Schulchronik“, verfasst von Nijolė Strakauskaitė, Dozentin am Institut für Geschichte und Archäologie der baltischen Region an der Universität Klaipėda, wird eine Antwort auf diese Frage gegeben. Obwohl Schulchroniken im damaligen Ostpreußen des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts keine Seltenheit waren und sich zumeist nur mit der Wiedergabe der örtlichen schulischen Begebenheiten befassten, wie Strakauskaitė schreibt (S.28), sei in dieser Chronik dank ihres maßgeblichen Verfassers Fuchs weit mehr aufgezeichnet worden. Nun wären bereits solche Chroniken, welche sich ausschließlich mit dem Schulalltag beschäftigten, von hohem Wert für den Historiker, da sie einmalige pädagogische Eindrücke aus ihrer Zeit schildern, zumal zahlreiche Exemplare dieser Quellengattung in der ehemals ostpreußischen Region durch Krieg und den weitgehenden Bevölkerungsaustausch für immer verloren gegangen sind.

Doch bei diesem Fund kommt noch einiges mehr hinzu, was eine wissenschaftliche Edition dieser Quelle in Buchform zusätzlich rechtfertigt: Fuchs hat in dieser Quelle mehr vermocht als viele andere seiner Zeitgenossen – das fällt schon auf, wenn der in diesem Buch ebenso herausgegebene ältere Teil der Chronik vor 1923 mit dem des von Fuchs verfassten Teils ab 1923 verglichen wird. Henry Fuchs reicherte diese Schulchronik um einen profunden Beitrag zur Entstehungsgeschichte Niddens ab dem 18. Jahrhundert an. Er beschrieb nicht nur den Alltag an der Schule, sondern bettete diesen in die Ereignisse ein, welche sich im Dorf, in der Region des Memelgebietes und im gesamten nördlichen Ostpreußen im Kontext der Konflikte zwischen Deutschland und Litauen in den 1920er und 30er Jahren abspielten.

Dabei kommt auch ein weiterer Aspekt zur Sprache, den Strakauskaitė in der Einleitung behandelt und der den Wert dieser Quellenedition verdeutlicht: Diese Chronik entstand in der Zwischenkriegszeit, während der das Dorf Nidden und seine Einwohner eine wechselvolle Zeit durchlebten, die mit der Katastrophe des Zweiten Weltkrieges endete. 1920 wurde der nördlich der Memel gelegene Teil Ostpreußens als ab jetzt so bezeichnetes „Memelgebiet“ vom Deutschen Reich abgetrennt und unter die Verwaltung des Völkerbunds gestellt. 1923 besetzten litauische Freiwillige zusammen mit regulären Truppen das Gebiet, 1924 wurde die Zugehörigkeit zum litauischen Staat vom Völkerbund anerkannt. Von diesem Zeitpunkt an stand das Memelgebiet unter litauischer Verwaltung, erhielt aber ein Sonderstatut, welches eine Eigenständigkeit des Gebietes behauptete. Bis in die 1930er Jahre kam es jedoch zu Konflikten zwischen dem litauischen Staat und insbesondere der deutschsprachigen Bevölkerung, die etwa die Hälfte der Einwohner ausmachte. Diese Konflikte werden von Henry Fuchs in Bezug auf Nidden mit aufgegriffen.

Strakauskaitė deutet zudem in ihrer Einleitung die Vorgeschichte des Sprachenkonfliktes an, welcher sich demzufolge in Ostpreußen im Jahre 1873 verschärfte, da die litauische Sprache aus dem Schulalltag verbannt wurde (S. 20). Dies ist richtig, aber genauer ging es um ein Verbot der litauischen Sprache im Religionsunterricht, wobei es sich hier um den preußisch-kurisch-litauischen Dialekt Preußisch-Litauens (Westaukštaitisch) handelte, der sich stark vom Hochlitauischen (Aukštaitisch) unterschied. Allerdings wurde in diesem Zusammenhang zurecht von Christiane Schiller darauf hingewiesen, dass weniger die unterschiedliche Sprache, als vielmehr die stärkere Identifizierung der Mehrheit der Einwohner des Memelgebiets das größere Problem für eine positive Bewertung des Litauischen Staates seitens der Memelländer darstellte.¹ Ein Manko der Einleitung bleibt somit die stellenweise ungenügende Deutlichkeit bei der Darstellung der historischen Ausgangslage des Memelgebietes. Strakauskaitė zitiert zwar Karl-Heinz Ruffmann², der in einem kurzen Text sehr präzise und prägnant die Probleme der Instrumentalisierung der Sprachenpolitik von deutscher und litauischer Regierungsseite in der Zwischenkriegszeit verdeutlicht, sie schafft es in ihrem Beitrag jedoch nicht, ebenso prägnant die Probleme der Sprachenpolitik darzustellen. Sie

1 Christiane Schiller: Das Preußisch-Litauische vor und nach dem Ersten Weltkrieg. Eine soziolinguistische Perspektive, in: Robert Traba (Hrsg.): Selbstbewusstsein und Modernisierung. Sozialkultureller Wandel in Preußisch-Litauen vor und nach dem Ersten Weltkrieg, Osnabrück 2000, S. 173-183.

2 Karl-Heinz Ruffmann: Deutsche und Litauer in der Zwischenkriegszeit. Erinnerungen eines Memelländers, Überlegungen eines Historikers, Lüneburg 1994.

versäumt zudem auf eine Besonderheit der Nehrung hinzuweisen, deren Bewohner einen lettischen Dialekt sprachen. Damit ist nicht gemeint, dass sie beide Regierungen in ihren Handlungen in den 1920er und 1930er kritisch betrachtet. Sie versäumt vielmehr die Vermittlung von Grundkenntnissen zu Ostpreußen und Preußisch-Litauen. Dadurch bleiben für den Leser der „Chronik der Schule von Nidden“ verschiedene Fragen unbeantwortet, welche jedoch zum Verstehen einzelner Teile der Chronik unabdingbar wären. Darauf ist am Schluss noch einmal zurückzukommen.

Bevor im Folgenden der Inhalt zusammengefasst wird, ist noch auf eine positive Besonderheit dieser Quellenedition hinzuweisen. Neben einer äußerst exakten Transkriptionsweise sowie zahlreichen Erklärungen und Verweisen innerhalb des edierten Textes wurde bei dieser Edition auf einen starken Bezug zum Original geachtet. Bereits zu Beginn sind einige Faksimiles von Seiten der Chronik abgedruckt, welche Ausschnitte aus verschiedenen Jahren beinhalten. Diese Seiten bezeugen zudem die unterschiedlichen Handschriften der Autoren der Quelle. In der vollständigen Transkription finden sich dann unterschiedliche Dokumente und Schriftstücke, welche teils lose in diese Ausgabe beigelegt oder eingeklebt waren. Die Bearbeitenden des Editionsprojekts haben diese aus der ursprünglichen Chronik übernommen: So ist eine Reproduktion des ältesten Dokumentes der Schule von Nidden zu sehen – eines handgeschriebenen Stundenplans aus dem Jahre 1854. Zahlreiche Zeitungsartikel zu Nidden und Fotos von beschriebenen Personen wurden aus der Vorlage übernommen, zudem wurden Faksimiles von Geldscheinen aus der Zeit der Inflation hinzugefügt, welche ebenso in der originalen Chronik enthalten waren. Aus dem Vorwort der Mitherausgeberin Gerulaitienė geht jedoch nicht eindeutig hervor, ob tatsächlich alle zusätzlichen Zettel, Briefe, Fotos oder Zeitungsausschnitte aus den originalen Chroniken in dieser Ausgabe enthalten sind (S. 36).

Der erste Teil der Schulchronik bis 1923 beschränkt sich, wie angedeutet, weitestgehend auf die Ereignisse an der Schule, den Wechsel von Personal und Veränderungen am Schulgebäude. Interessante Befunde für die Zeit bis zum Ersten Weltkrieg sind zweifelsohne die Verflechtung zwischen Schul- und Kirchenwesen in Nidden (bis 1899 war der Pfarrer des Dorfes auch Erster Lehrer, S. 79) sowie die ausführlichen Darstellungen der gefeierten Feste, die ein lebhaftes Bild einer an der Peripherie des späten preußisch-deutschen Kaiserreichs gelegenen Gemeinde zeichnen. Das Jahr 1914 nimmt viele Seiten dieses ersten Teils der Chronik ein, da Nidden mitten im ostpreußischen Kriegsgebiet lag. Ab April 1915 setzt die Überlieferung jedoch plötzlich aus. Ein halbseitiger Eintrag zum Jahr 1918 und wenige Zeilen zum Jahr 1923 stehen am Ende dieses Abschnitts der Chronik.

Der zweite Teil der Edition, also der von Henry Fuchs begonnene Abschnitt ab 1923, beginnt zunächst mit einer detaillierten Beschreibung der Entstehungsgeschichte Niddens. Diese Entstehungsgeschichte wird in aller Ausführlichkeit auf 60 Seiten dargestellt, bevor die Chronik wieder mit einer chronologischen Gegenwartsbeschreibung der Ereignisse ab 1923 einsetzt. Zuvor rekonstruiert Fuchs einen historischen Rückblick, welcher auch die fehlenden Jahre des Ersten Weltkriegs und Teile der ersten Chronik mit einschließt.

Fuchs beschrieb die Entstehungsgeschichte des Dorfes Nidden *en détail*. Er wertete dabei mehrere Quellen aus, von denen nicht wenige heute verloren sein dürften. Strakauskaitė weist in der wissenschaftlichen Einleitung jedoch richtigerweise darauf hin (S. 28 f.), dass einige Angaben nur vorsichtig für historische Untersuchungen verwendet werden können, da Quellenangaben durch Fuchs teilweise ungenau erfolgten. Es bleibt ein Verdienst von

Fuchs auf diesen 60 Seiten, interessante bildungsgeschichtliche Erkenntnisse zu Struktur, Fächern und Alltag von 250 Jahren Schule zu liefern, die in diesem Ausmaß nicht nur neue Forschungen zum Landschulwesen der Kurischen Nehrung und des nördlichen Ostpreußens befördern, sondern auch ein Beispiel für ganz Ostpreußen geben könnten. Da Fuchs aber auch Ereignisse wie die Versandung des Dorfes Karwaiten und die dadurch erfolgte Bedeutungssteigerung Niddens und anderer Dörfer auf der Kurischen Nehrung ausführlich darstellt, liefert dieser Abschnitt zudem Einblicke in die Kultur-, Sozial- und Kirchengeschichte der Nehrung des 18. und 19. Jahrhunderts.

Der chronologisch in der damaligen Gegenwart notierte Teil beginnt im Jahr 1923 mit einem Eintrag von Fuchs, der die neuen litauischen Namen für den nördlichen Teil der Kurischen Nehrung enthält; er muss also kurz nach Besetzung des Memelgebietes und allmählicher Überführung in litauische Oberhoheit erfolgt sein. An dieser Stelle waren der historischen Chronik auch Geldscheine und eine Preistafel für „Schulbücher gegen Roggen“ beigelegt, die für diese Edition als Faksimile reproduziert wurden (S. 162-165). Bis zum Ende des ersten Bandes der Chronik im Jahre 1934 erfährt der Leser viel über den Alltag in Nidden. Fuchs schildert sehr genau die schwierigen Umstände der Fischer und ihrer Familien, die besonders im Winter mit schwierigen Bedingungen zu kämpfen hatten (so zum Beispiel mit dem alljährlichen Phänomen des „Schacktarp“, erste Erwähnung auf S. 214) und bietet damit einen sehr wirklichkeitsnahen Einblick in das (Über-)Leben auf der Kurischen Nehrung. Neben der Berichterstattung zur Entwicklung der Schule kommen aber auch erste historische Vorgänge zur Sprache, wie die Einführung des litauischen Sprachunterrichts an der Schule. Bis zum Ende dieses Abschnitts treten eher zwischen den Zeilen Konflikte des Lehrers Fuchs mit der neuen politischen Situation des Memelgebietes hervor. Interessant ist hier vor allem die Gründung des Trachtenvereins, der als gemeinschaftliche Organisation eine bedeutende Rolle für das Dorf spielt. In diesem Kontext spielt auch die Gründung des Nehrungsmuseums durch Fuchs eine Rolle. Es ging den Bewohnern hier deutlich eher um eine Art regionale Brauchtumpflege, die sich von späteren, nationalsozialistischen Vorstellungen deutschen Volkstums noch unterscheidet. Fuchs beschrieb auch die Entwicklung Niddens als touristischer Sommerattraktion mit seiner Künstlerkolonie, auch wenn Thomas Mann, einer der berühmtesten Besucher des Dorfes, nur am Rande erwähnt wird.

Deutlich ändert sich dann der Ton im zweiten Band der Chronik, wobei die Repressionen von staatlicher litauischer Seite vor dem Hintergrund der Verschlechterung des Verhältnisses zwischen Litauen und dem Deutschen Reich nach der Machtergreifung Hitlers die wichtigste Rolle spielen. Dieser Schnitt in Fuchs' Ausführungen erfolgt unvorhergesehen, obwohl ersichtlich wird, dass es auf seiner Seite stets Vorbehalte gegen die litauische Inbesitznahme des Memelgebietes gab, die er nun deutlicher zur Sprache bringt. Aber auch die Intensität der Eingriffe durch die litauische Polizei und den Geheimdienst nimmt spürbar zu: So beschreibt Fuchs 1934 Hausdurchsuchungen in der Schule von Nidden. Bei dieser Durchsuchung listet er zahlreiche konfiszierte Bücher auf, welche bereits zu einem großen Teil aus nationalsozialistischer Literatur bestanden. In den Folgejahren wurden Lehrer der Niddener Schule verhaftet, so 1936 auch Fuchs selbst. Fuchs kam erst 1937 wieder frei, lebte dann aber in Memel (Klaipėda) (S. 23, Prozessbeschreibung S. 264-266). Die Chronik wurde fortan bis Kriegsende von unterschiedlichen Personen geführt.

Mit der Aufhebung des Kriegszustandes im Memelgebiet durch die litauische Regierung deutet sich dann der nächste politische Wechsel für diesen Landstrich an. Ab diesem

Zeitpunkt verzeichnet die Chronik eine zunehmende Angleichung des Alltags des Memelgebietes an das nationalsozialistische Deutsche Reich, die mit der „Rückgliederung“ des Memelgebietes 1939 schnell vollzogen wurde: SA und NSDAP wurden gegründet, die HJ spielte eine wichtige Rolle im Kulturleben des Dorfes. Mit Beginn der Kriegshandlungen des Deutschen Reiches mit der Sowjetunion sind die Einträge, bis auf das Kriegsende, nur noch als fragmentarisch zu bezeichnen. Interessant sind die nachträglich eingefügten Notizen der Lehrerin Susanne Jessen, welche erst mit einigen Jahren Abstand das Ende des Krieges in Nidden niederschrieb.

Die Chronik der Schule stellt ohne Zweifel in vielerlei Hinsicht eine wichtige Quelle für die Kultur-, Bildungs- und Sozialgeschichte des Dorfes Niddens sowie der Kurischen Nehrung dar, welche in dieser Ausgabe äußerst anschaulich und detailliert transkribiert und bearbeitet wurde. Nur die wissenschaftliche Einleitung weist Mängel auf, deren Vermeidung für das Erschließen des zeitlichen Kontextes, in dem die Chronik entstand, wertvoll gewesen wäre. Zwar wird in der Einleitung durch Strakauskaitė hervorragend die Lebensleistung des Lehrers Fuchs herausgearbeitet; es hätte in dieser Einführung jedoch mehr Grundlagen bedurft, um dem Leser die politischen Konflikte, welche in der Chronik Region und Autor betreffen, besser verständlich zu machen. So hätte mehr auf die Geschichte dieses nord-östlichen Landstrichs eingegangen werden können, der auch den Namen Preußisch-Litauen trug, sowie auf die Frage, warum es zur Annektierung des Memelgebietes durch die erste Litauische Republik kam und worin die Schwierigkeiten der dort ansässigen litauisch-, deutsch-, und auch kurischsprachigen Bevölkerung im Verhältnis zum litauischen Staat lagen. Aber auch eine Erklärung der Versuche kulturpolitischer Einflussnahme von deutscher Seite, insbesondere durch die deutsche Reichsregierung auch vor 1933, hätte es erleichtert, viele Passagen der Chronik besser zu verstehen. Trotz dieser kleinen Mängel schließt sich der Rezensent dem Wunsch im Vorwort des deutschen Botschafters in Litauen, Matthias Mülmestädt, an, dass diese Chronik nicht nur eine ergiebige Quelle für Historiker sein werde, sondern auch darüber hinaus ein größeres interessiertes Publikum erreiche. Denn für die Allgemeinheit sind besonders Aspekte interessant, wie sie im Vorwort des ehemaligen Präsidenten Litauens, Valdas Adamkus, genannt werden: „Die Publikation der ‚Chronik der Schule von Nidden‘ bezeugt, dass wir die besondere, vieldeutige Identität der Region, die Wichtigkeit der hier entstandenen Kulturwerte begreifen und die Erinnerung der Menschen achten, die hier einst lebten.“ Und für genau dieses Verständnis, auch über Litauen hinaus, bietet diese Chronik einen vielfältigen lebensnahen Einblick in eine untergegangene multiethnische und mehrsprachige Region Europas, der uns mahnt, dieses historische Vermächtnis, zerstört durch Nationalsozialismus und Stalinismus, in geringerem Maße auch deutschen und litauischen Nationalismus, in Erinnerung zu halten.

Michael Rocher, Berlin/Halle (Saale)

Barbara Kalinowska-Wójcik: Między wschodem i zachodem. Ezechiel Zivier (1868–1925), historyk i archiwista [Zwischen Ost und West. Ezechiel Zivier (1868–1925), Historiker und Archivar], Archiwum Państwowe w Katowicach 2015, 328 S., Ill.

Besucht man Archive in Ostmitteleuropa, vornehmlich im heutigen Polen und Tschechien, täuscht der Eindruck nicht, dass dort außer dem umfangreichen Archivgut deutscher Prove-

nienz noch mehr Traditionen aus dem deutschsprachigen Raum gepflegt werden: Es geht um die deutsch-preußische bzw. österreichische Praxis der archivalischen Arbeit. Die Region Oberschlesien und insbesondere das Staatsarchiv Troppau sind ein gutes Beispiel dafür. Hier kann man den beiden Traditionen u.a. im Kanzleiwesen begegnen.¹

Diesem Phänomen auf den Grund zu gehen, kann gelingen, indem man sich mit der Geschichte des Archivwesens in Oberschlesien auseinandersetzt. Der Herausforderung stellt sich die Verfasserin der hier angezeigten biografischen Studie, in der es um den Hausarchivar des Fürsten Hans Heinrich XI. von Hochberg und zugleich Begründer des Gesamtarchivs der deutschen Juden in Deutschland, Ezechiel Zivier, geht.

Zivier studierte an der Universität Breslau und promovierte dort anschließend in slawischer Philologie mit einer Arbeit über den „Codex Suprasliensis“ bei Wladislaus Nehring (1830–1909), Professor für Slawistik und Geschichte. Parallel dazu absolvierte Zivier das Jüdische Seminar in Breslau, eine der ersten namhaften Bildungsanstalten für Rabbiner und Lehrer der jüdischen Religion im Deutschen Reich. Seine Arbeit als Archivar begann er im August 1892 dank der Empfehlung seines Doktorvaters, insbesondere jedoch der des damaligen Leiters des Staatsarchivs Breslau, Colmar Grünhagen. Im oberschlesischen Schloss Pleß schuf Zivier ein Archiv, das bis heute – ein Glück der Umstände – eines der wenigen vollständig erhaltenen deutschen Herrschaftsarchive darstellt.²

Fürst Hochberg war an einem gebildeten Mitarbeiter im Archiv vor allem deshalb interessiert, weil er permanent im Rechtsstreit mit dem Fürsten Guido Henckel von Donnersmarck über bergbauliche Privilegien stand. Ziviers Tätigkeit für das Haus Hochberg wurde erstmals 1903 belohnt, denn er wurde zum einen in Pleß fest angestellt, zum anderen in der Folge 1920 zum fürstlichen Archivar ernannt, sodass er ebenfalls das Fürstenarchiv in Fürstenstein (Niederschlesien) leiten konnte. Indes wurde ihm 1906 vom Präsidenten des Regierungsbezirks Oppeln die preußische Einbürgerungsurkunde ausgehändigt. Wie die Autorin nachweist, war Zivier in einer Wieluner jüdischen Familie aufgewachsen, welche der deutschen Schriftkultur verpflichtet war.

1904 versammelte sich in Berlin auf Initiative von Zivier eine Archivkommission, die organisatorische Fragen des geplanten zentralen Archivs jüdischer Gemeinden in Deutschland erörterte. Als 1906 dieses Archiv in Berlin seine Arbeit aufnahm, übergaben 178 Gemeinden ihr Archivgut in seine Obhut. In Oberschlesien koordinierte Zivier die Arbeiten eines entsprechenden Provinzarchivs seit Oktober 1907 persönlich. Der Einrichtung in Berlin blieb er als Mitglied des Kuratoriums treu.

1902 begann Zivier die Zeitschrift „Oberschlesien“ herauszugeben. 1923 gründete er die „Zeitschrift für polnisches Recht“, mit der anfänglich die Doppelbesteuerung der Personen juristisch erörtert wurde, die Vermögen sowohl in Polen als auch in Deutschland besaßen (Stichwort: oberschlesische Teilung von 1921/22). In diesem Zusammenhang steht die Gründung des Synagogen-Gemeinde-Verbandes der Woiwodschaft Schlesien im Polen der

- 1 Vgl. Publikationen des Instituts für Geschichte der Universität Regensburg seit 2011 unter dem Titel „Archivkurs des Sommersemesters [...]“, z.B. zuletzt: Katrin Pindl, Raffael Parzefall (Hrsg.): Der Archivkurs des Sommersemesters 2015. Materielle Überlieferung und (Alltags-)Erinnerung 1795, 1945, 2015, Regensburg 2015.
- 2 Piotr Matuszek, Joanna Szczepańczyk (Hrsg.): Archiwum Państwowe w Katowicach Oddział w Pszczyńcu. Informator o zasobie archiwalnym [Staatsarchiv Kattowitz, Außenstelle Pleß. Übersicht zum Archivgut], Katowice 2009.

Zwischenkriegszeit, welcher allerdings aufgrund von Ziviers Krankheit schon 1924 seine Arbeiten einstellte. Dies kann als ein Hinweis darauf gewertet werden, dass gerade Zivier selbst die treibende Kraft des Vorhabens war, die jüdischen Interessen im neuen Staat Polen zu organisieren.

Zu den wissenschaftlichen Leistungen während seiner Karriere als Archivar gehört die 1917 in erster, 1923 in zweiter überarbeiteter Auflage erschienene Studie zur Geschichte Polens. In schlesischen Wissenschaftskreisen galt er als Kenner des deutschen Bergbaurechts und erhielt aufgrund seiner Bemühungen und Leistungen um das säkulare und das jüdische Archivwesen in der preußischen Ostprovinz weitere privatrechtliche Aufträge. So war er derjenige, der das Schriftgut der Stadt Beuthen verzeichnete, das bis heute als separater Bestand in Kattowitz aufbewahrt wird.³ Zivier verstarb am 22. August 1925 in Breslau, seine Ehefrau überlebte ihn und wurde im Januar 1943 in Theresienstadt ermordet.

Kalinowska-Wójcik stellt ihrem Buch die Losung voran, Archivkunde sei „eine der ganz wenig ehrbaren Wissenschaften, ohne sie wäre gleichwohl Geschichtswissenschaft eine bloße Märchenkunst“. Mit ihrem heuristischen Ansatz baut sie die Arbeit thematisch und chronologisch nachvollziehbar auf. Zivier erscheint als Privatperson (S. 25-78), als Archivar (S. 79-157), als Historiker (S. 159-227) und als Publizist sowie jüdischer Aktivist (S. 229-266). Die auf Polnisch verfasste Arbeit verfügt über eine deutsch- und englischsprachige Zusammenfassung; eine tabellarische Biografie des Protagonisten und ein Namensregister runden die Untersuchung ab.

Es wäre wünschenswert, dass diese Studie, die gerade für die deutschsprachige Archivkunde von großem Interesse ist, auf Deutsch erscheint.

Roman Smolorz, Regensburg

3 Vgl. Archiwum Państwowe w Katowicach [Staatsarchiv Kattowitz], Bestand 645. Der Bestand „Stadtmagistrat Beuthen“ ist ein deutschsprachiger Bestand, umfasst 6496 Einheiten aus den Jahren 1412–1580 sowie 1742–1945. Insgesamt geht es um 71,24 lfm Schriftgut.

John Hiden: Defender of Minorities. Paul Schiemann, 1876–1944, London: C. Hurst & Co. Ltd. 2004, 314 S., s/w Abb.; Džons Haidens: Pauls Šīmanis. Minoritāšu aizstāvis. Übers. v. Pēteris Bolšaitis, Rīga: SIA Vesta-LK 2016, 303 S., s/w Abb.; Džon Chajden: Paul' Šīman. Zaščitnik men'šinstv. Übers. v. Roald' Dobrovenskij, Rīga: SIA Vesta-LK 2016, 295 S., s/w Abb.

Der deutschbaltische Jurist, Publizist und Politiker Paul Schiemann, geboren 1876 in Mitau (lett. Jelgava) im Ostseegouvernement Kurland des Russischen Zarenreiches und gestorben 1944 in Riga im deutsch besetzten „Generalbezirk Lettland“, ist einer der wenigen deutschbaltischen historischen Persönlichkeiten, die es in die erste Riege des lettischen nationalen Erinnerungsnarrativs geschafft haben – neben Bischof Albert (um 1165–1229) als einem Symbol der deutschen Eroberung und Christianisierung „Lettlands“ ab 1200, Jakob Kettler, Herzog von Kurland (1710–1782) als Herrscher einer seit den 1930er Jahren von der lettischen Historiografie stilisierten frühneuzeitlichen Vorgängerversion der Republik Lettland und Garlieb Merkel (1769–1850) als Aufklärer und Vorreiter der Bauernbefreiung im 19. Jahrhundert.

Dies ist jedoch eine Entwicklung neueren Datums. Zwar spielte Schiemann als Chefredakteur der „Rigaschen Rundschau“¹ und Leader der deutschbaltischen Parlamentarier sowohl in der Verfassungsgebenden Versammlung (1920–1922) als auch in allen vier Parlamenten (1922–1934) Lettlands eine gewichtige Rolle, musste jedoch nach Gleichschaltung der größten deutschsprachigen Zeitung Ostmitteleuropas durch das Auswärtige Amt im Jahr 1933 nach Österreich emigrieren. Zwar kehrte er, um dem „Anschluss“ Österreichs an das Deutsche Reich zu entgehen, 1938 nach Lettland zurück, aber zu dieser Zeit war seine Heimat unter seinem politischen Gegenspieler Kārlis Ulmanis bereits ebenfalls seit vier Jahren eine Diktatur. Auch unter dem folgenden sowjetischen (1940/41) und deutschen Besatzungsregime (1941/44) war es ihm nicht mehr möglich, seine Stimme als streitbarer Liberaler und Demokrat zu erheben. Während der Jahrzehnte der „Lettischen Sozialistischen Sowjetrepublik“ (1945–1990/91) wurde sein Name verschwiegen; erst die Wiederherstellung der Unabhängigkeit Lettlands Ende der 1980er Jahre ermöglichte es lettischen Historikern, sich der Persönlichkeit Schiemanns als einem bedeutenden Politiker und Demokrat Lettlands zuzuwenden. Hilfreich für eine Renaissance Schiemanns war, dass eine liberale juristische Lösung der Minderheitenfrage Lettlands eine wichtige Vorbedingung für den Beitritt Lettlands zu den europäischen und transatlantischen Strukturen (Europarat, EU, NATO) bildete, man sich in diesem Zusammenhang in Rīga auf Konzepte der Zwischenkriegszeit besann und dabei auf den Namen Schiemanns stieß. 1994 wurde anlässlich des 50. Todestages Schiemanns an dem ehemaligen Redaktionsgebäude der „Rigaschen Rundschau“, rückwärtig der Domkirche gelegen, eine Gedenktafel enthüllt. 2000 gedachte man seiner in Rīga auf einer ihm und seiner Politik gewidmeten internationalen Konferenz. Gefördert vom Bundesinnenministerium war ein Jahr zuvor bereits eine Auswahl seiner Publikationen in lettischer Sprache erschienen und überwand vor allem die Sprachbarriere unter jungen lettischen Politik- und Geschichtsstudenten.² Ein wichtiges Ergebnis dieser Popularisierung Schiemanns ist z.B. eine Dissertation des lettischen Politologen Ivars Ījabs, der die zivilgesellschaftlichen Konzeptionen Schiemanns mit denen seines Zeitgenossen, des lettischen Sozialdemokraten Miķelis Valters (1874–1968), verglich.³ 2015 schließlich gelangte Schiemann auch auf die Opernbühne: In der Opernkomposition des lettischen Komponisten Artūrs Maskats „Valentīne“, die dem Leben und Überleben der aus Lettland stammenden Filmregisseurin Valentīne Freimane (geb. 1922) ein musikalisches Gesicht gibt,⁴ tritt Schiemann als der ältere Herr auf, der die 11-jährige Valentīne vor dem deutschen Besatzungsregime und dem Holocaust in Lettland bewahrt, indem er sie in seinem Haus versteckt.

1 Die Jahrgänge der „Rigaschen Rundschau“ sind online als Resource der Nationalbibliothek Lettlands frei zugänglich unter: <https://periodika.lndb.lv/#allperiodicals> [Letzter Zugriff: 20.4.2016].

2 Detlef Henning (Hrsg.): Pauls Šīmanis. Eiropas problēma. Rakstu izlase [Paul Schiemann. Ausgewählte Schriften], Rīga 1999.

3 Ivars Ījabs: Pilsoniskās sabiedrības diskurss modernajā politikas teorijā un tā elementi Latvijas politisko ideju vēsturē (Miķelis Valters un Pauls Šīmanis) [Der Diskurs der bürgerlichen Gesellschaft in der modernen politischen Theorie und seine Elemente in der Geschichte der politischen Ideen in Lettland (Miķelis Valters und Paul Schiemann)], Rīga 2007.

4 Ihre Autobiografie, in der sie auch auf ihre Zeit im Hause Schiemann eingeht: Valentina Freimane: Adieu, Atlantis. Erinnerungen, Göttingen 2015.

Mit der Übersetzung der gewichtigen Biografie Schiemanns, die der 2012 verstorbene britische Historiker John Hiden 2004 vorlegte, in die lettische und russische Sprache im Jahr 2016 schließt sich der Kreis: Sein Leben, politisches Denken und liberales Eintreten liegt nunmehr in den drei Sprachen vor, in denen Schiemann sich bewegte. Seine Lebensgeschichte erreicht die Länder, deren Minderheitenfrage er bereits minderheitenrechtlich durchdachte, als gemeinsame europäische Strukturen noch in den Kinderschuhen steckten und eine friedliche Lösung von den europäischen Diktaturen der 1930er Jahre fundamental bezweifelt wurde. Hiden zeichnet dabei kenntnisreich den Weg Schiemanns, der aus einer kurländischen Familie stammte, von den Ostseeprovinzen des Russischen Reiches über die Wirren von Krieg und Revolution in die junge Republik Lettland, seine Rolle innerhalb der deutschen Minderheit und in der lettländischen Politik während der parlamentarisch-demokratischen Jahre Lettlands, sein Exil in Österreich und seine letzten Lebensjahre in Riga nach, eröffnet aber über Schiemanns konzeptionelles Durchdenken der Minderheitenfrage (seine Idee von der Trennung von Staat und nationaler Kultur, vom „anationalen Staat“) und seine Rolle innerhalb der europäischen Minderheitenpolitik jener Jahre auch einen europäischen Kontext, sodass es in der Einladung zur Präsentation der lettischen und russischen Übersetzung in der Saeima, dem Parlament Lettlands, am 26. Februar 2016 heißt, dass „in der gesamten Geschichte Lettlands kein Politiker Lettlands eine so breite internationale Bekanntheit“ erreicht habe wie Paul Schiemann“.

Einziger Wermutstropfen: War es geschickt, in der russischen Übersetzung den Originaluntertitel „Verteidiger der Minderheiten“ zu verwenden? Schließlich hatte der russische und moskautreue Saeima-Abgeordnete Nikolaj Kabanov bereits 2003, als Reaktion auf die Auswahl Schiemannscher Schriften in lettischer Sprache, in der russischsprachigen Tageszeitung „Čas“ Schiemann für die Rechte der vermeintlich unterdrückten russischen Minderheit in Lettland in Anspruch genommen, ausgerechnet versehen mit einem Foto Schiemanns nicht etwa als demokratischer Saeima-Abgeordneter, sondern in Uniform der zarischen Armee aus der Zeit vor 1917.⁵ Besser wäre gewesen, den Untertitel „Verteidiger der Minderheitenrechte“ zu wählen, um zu zeigen, worum es Schiemann eigentlich ging: gerade nicht um eine Instrumentalisierung der Minderheitenfrage durch Machtpolitik, sondern um ihre Lösung durch Minderheitenrecht(e). Es steht zu hoffen, dass sein eigentliches Anliegen durch die neuerliche Veröffentlichung seiner Biografie weitere Wirkung entfaltet.

Detlef Henning, Lüneburg

5 Nikolaj Kabanov: Pribaltijskie nemcy: vospominanie o buduščem? Trudy Paulja Šimana predpreždajut nacmen'sinstva [Die baltischen Deutschen: Erinnerung an die Zukunft? Die Arbeiten Paul Schiemanns rütteln die nationalen Minderheiten auf], in: Čas, 29. April 2003, S. 4.